

Fachbericht zur operativen Umsetzung des Modellvorhabens

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen





Sehr geehrte Damen und Herren,

Kinder und Jugendliche bestmöglich zu fördern ist eines der wichtigsten Anliegen der Landesregierung. 2011 haben wir deshalb mit der Bertelsmann Stiftung das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ initiiert. Mittlerweile nehmen 18 Städte und Landkreise mit unterschiedlichen Handlungsschwerpunkten an dem Projekt teil. Ziel ist es, die präventiven Angebote und Leistungen besser aufeinander abzustimmen, sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen. Alle Kinder, Jugendlichen und Familien sollen frühzeitig und passgenau Unterstützung erfahren.

Wir wollen uns dabei am individuellen Lebensweg orientieren und nicht an den Zuständigkeiten von Ämtern und Behörden. Es geht darum, die Perspektive zu wechseln und aus der Sicht der Kinder und ihrer Eltern zu handeln. Dazu wollen wir das Rad nicht neu erfinden, denn oft gibt es erfolgversprechende Ansätze, die sich übertragen lassen. Vor allem möchten wir alle Akteurinnen und Akteure im Präventionsbereich besser miteinander vernetzen: Durch den Aufbau von kommunalen Präventionsketten – von der Schwangerschaft bis zum Eintritt ins Berufsleben – können wir dafür sorgen, dass alle Kinder die Unterstützung erfahren, die sie für ein gelingendes Aufwachsen benötigen.

Dieser Fachbericht zeigt auf, was bislang erreicht wurde. Überzeugen Sie sich selbst: Wir sind in Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg.

Ihre

Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen

INHALT

- 3 Vorwort von Ministerin Ute Schäfer
- 4 Inhaltsverzeichnis
- 5 Karte der teilnehmenden Modellkommunen
- 6 Ein Modellvorhaben für ein gelingendes Aufwachsen
- 8 Präventionsbegriff im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen!“
- 12 Aktueller Sachstand
- 16 Themencluster
 - Kommunale Profile
 - 20 Arnsberg
 - 22 Bielefeld
 - 24 Dormagen
 - 26 Dortmund
 - 28 Duisburg
 - 30 Düsseldorf
 - 32 Gelsenkirchen
 - 34 Gladbeck
 - 36 Hamm
 - 38 Kreis Düren
 - 40 Kreis Unna
 - 42 Kreis Warendorf
 - 44 Moers
 - 46 Mönchengladbach
 - 48 Münster
 - 50 Oberhausen
 - 52 Witten
 - 54 Wuppertal
- 56 Kategorisierte Schwerpunktthemen der 18 Modellkommunen
- 58 Impressum



Ein Modellvorhaben für gelingendes Aufwachsen

„Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ ist ein richtungweisendes Modellvorhaben der Landesregierung und der Bertelsmann Stiftung, das die Weichen für eine bessere Vorbeugungsarbeit in den Kommunen stellt.

Bei „Kein Kind zurücklassen!“ werden seit Anfang 2012 insgesamt 18 Kommunen dabei unterstützt, kommunale Präventionsketten aufzubauen. Vorhandene Kräfte und Angebote in den Städten sollen gebündelt werden, um Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu unterstützen – von der Schwangerschaft bis zum Berufseinstieg. Das Modellvorhaben folgt dem Grundsatz „vorbeugen ist besser als heilen“. Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen mehr Chancengleichheit und bessere Entwicklungsperspektiven zu bieten. Notwendige Unterstützung soll so früher und gezielter bei Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ankommen. Dies soll auch spätere aufwendige Interventionen in das Familienleben vermeiden, die die Kommune dauerhaft immer stärker belasten.

Geschehen soll dies durch eine bessere Vernetzung und Koordination vor Ort, wobei wichtige Übergänge in der Kindheits- und Jugendphase in den Blick genommen werden. Dies kann der Wechsel von der Kindertagesstätte in die Schule sein, aber auch die Kooperation so unterschiedlicher Bereiche wie Schule, Gesundheitswesen, Kultur, Freizeit, Sport und eben auch Familie. Die Landesregierung und die Bertelsmann Stiftung sind zwei starke Partner, die sich für eine bessere Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren einsetzen. Wichtige weitere Partner sind insbesondere die Freie Wohlfahrtspflege und die kommunalen Spitzenverbände.

Dem Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ liegen folgende Gedanken zugrunde:

Jede Kommune baut ihre spezifische Präventionskette aus passgenauen Modulen auf

In den Kommunen übernehmen viele verschiedene Fachkräfte die umfangreichen Aufgaben für ein gelingendes Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen. Sie schaffen die Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Alltag von Familie. Konkret kann das ein Förder- und Freizeitangebot in Kita oder Schule oder eine bessere Vorbereitung auf eine Ausbildung sein. Alle Akteure sind hier gefordert, vernetzt zu arbeiten und systematisch zu kooperieren, um jedem Kind eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Wichtig ist: Es gibt nicht das eine Rezept für alle Kommunen. Regionale und kommunale Unterschiede spielen eine große Rolle. Deswegen sind individuelle Lösungen das Ziel unseres Modellvorhabens. Jede Kommune findet ihren eigenen Weg und definiert individuelle Ziele. Sie erarbeitet Bewertungskriterien, an denen sich die unterschiedlichen Akteure bei der Ausgestaltung ihrer vorbeugenden Angebote orientieren. „Kein Kind zurücklassen!“ soll dabei helfen, wirksame Lösungen vor Ort zu entwickeln.

Auf systematische Kooperation kommt es an

Die Gestaltung einer Präventionskette kann nur gemeinsam gelingen. Deswegen



ist es wichtig, dass die verschiedenen Bereiche miteinander kooperieren. Hierzu gehören: Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Gesundheitswesen, Schule und Bildungswesen, Kultur-, Sport- und weitere Freizeitangebote, Ausbildungswesen und Arbeitsverwaltung, Polizei und Gerichtsbarkeit. Für eine stabile Präventionskette werden alle Akteure gebraucht. Die Kommune initiiert und koordiniert einen Verständigungsprozess, um gemeinsam zu handeln und besonders Angebote umzusetzen, die schwer erreichbare Zielgruppen ansprechen.

Gemeinsamer Erfahrungsaustausch im Lernnetzwerk

Begleitet und unterstützt wird die Arbeit vor Ort durch eine Koordinierungsstelle, fachlich angesiedelt beim Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Hier laufen alle Informationen aus den Modellkommunen zusammen. Die Beratungsleistung wird für die Kommunen koordiniert und der Austausch untereinander organisiert.

Um die unterschiedlichen Erfahrungen der teilnehmenden Kommunen für alle nutzbar zu machen, ist ein Lernnetzwerk gebildet worden. Durch Beratung und Fortbildung wird die individuelle Handlungskompetenz der teilnehmenden Kommunen gestärkt, der kontinuierliche Erfahrungs- und Wissensaustausch innerhalb des Netzwerkes sichergestellt sowie Erfahrungen und Anregungen mit der Landesebene ausgetauscht.

Begleitende Forschung und Evaluation durch die Bertelsmann Stiftung

Ein weiteres Ziel des Modellvorhabens ist es, gemeinsam Wirksamkeit und Effizienz von Präventionsmaßnahmen zu untersuchen sowie fundierte und evaluierte Erkenntnisse zum Aufbau kommunaler Präventionsketten allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen. Partner ist hierbei die Bertelsmann Stiftung.

Da in Deutschland bisher nur in sehr begrenztem Umfang Evaluation und Begleitforschung zur Effektivität umfassender präventiver Ansätze auf kommunaler Ebene stattgefunden hat, ist vorgesehen, die Präventionsketten in fachlicher und finanzwirtschaftlicher Hinsicht zu untersuchen.

Ergebnisse weitergeben

Der Landesregierung und der Bertelsmann Stiftung ist es wichtig, dass alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen von den Erfahrungen und Erkenntnissen profitieren. Das im Modellvorhaben gewonnene Wissen wird in einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch mit anderen Projekten, wie beispielsweise dem LVR-Programm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ geteilt. Durch gemeinsame Fachveranstaltungen können auch weitere Akteure von unseren Ergebnissen profitieren – sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch darüber hinaus.

Präventionsbegriff im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen!“

Der Präventionsbegriff wird in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, wie etwa im Gesundheitswesen oder in der Sozialen Arbeit, jeweils auf eigene Weise definiert. Was in der Übersetzung von „Prävention“ als „Vorbeugung“ noch intuitiv plausibel erscheint, lässt sich bei näherer Betrachtung fachlich nur vage eingrenzen.

Im Kern geht es bei der Prävention darum, einen als negativ bewerteten zukünftigen Zustand oder ein entsprechendes Ereignis zu vermeiden. Ganz allgemein lässt sich Prävention definieren als die „Gesamtheit aller Maßnahmen, die eine [... Gefährdung oder Schädigung des Individuums] gezielt verhindern, weniger wahrscheinlich machen oder deren Eintritt verzögern“ (Franzkowiak 2006, S. 30).

Diese „Gesamtheit aller Maßnahmen“ wird im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen“ als „kommunale Präventionskette“ definiert. Der Ganzheitlichkeit des Alltagslebens und des Aufwachsens von Kindern, Jugendlichen und Familien soll gleichsam eine ebenso umfassend und zudem biographieabschnittsübergreifend konzipierte, interinstitutionell vernetzte Präventionsinfrastruktur entsprechen.

Präventive Wirkungen sollen künftig empirisch besser erfassbar gemacht werden. Die Weiterentwicklung der **Präventionsinfrastruktur wird evidenzbasiert gestaltet**. Dies zielt vor allem auf die Weiterentwicklung einer indikatorbasierten kommunalen Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberichterstattung sowie auf Ansätze einer integrierten Stadt- bzw. Raumentwicklungsplanung.

Mit der Leitphilosophie „Kein Kind zurücklassen!“ ist vorgegeben, dass kommunale **Präventionsketten im weiteren Sinne inklusionsorientiert zu gestalten** sind. Sie sollen sich also nicht nur auf manifest gefährdete Kinder und Jugendliche beschränken. Damit ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen der dem Präventionsbegriff inhärenten Defizitorientierung, also der Vermeidung der Manifestation bestimmter Störungsbilder, und einem an den Stärken von Kindern und Jugendlichen anknüpfenden Ansatz, der auf ein gelingendes Aufwachsen gerichtet ist.

Im Modellvorhaben liegt der Fokus sowohl auf der Programmebene als auch in den 18 Modellkommunen auf den Ressourcen und Schutzfaktoren, die dafür sorgen, dass der Prozess des Aufwachsens in seinen vielen Dimensionen (Gesundheit, Bildung, Persönlichkeitsentwicklung oder auch Sozialkompetenz) gelingt. Erst davon abgeleitet werden vielfältige Belastungslagen in den Blick genommen. In der Gesundheitswissenschaft wird diese Orientierung an gesundheitserhaltenden Faktoren mit dem Begriff Salutogenese erfasst. Schutzfaktoren bei Belastungslagen werden in der Fachdebatte mit dem Konzept der Resilienz reflektiert. In der Kinder- und Jugendhilfe ist die entsprechende Orientierung auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in § 1 SGB VIII als Rahmenorientierung festgeschrieben. Im Bildungs- und Schulsystem entsprechen dem die vorrangige Orientierung an Kompetenzen, anstatt an einem festgeschriebenen Wissenskanon sowie der Ansatz einer umfassenden – nicht nur kognitiven – individuellen Förderung. Von entscheidender Bedeutung ist bei alledem, dass man mit diesem stärkenorientierten Gesamtansatz auch jene Sozialmilieus und Familien

erreicht, die von einer Förderung durch entsprechende Maßnahmen und Angebote vermutlich am meisten profitieren könnten. Die damit angesprochene Frage der sozial selektiven Inanspruchnahme von Leistungen fokussiert ein zentrales Aufgabenfeld des Modellvorhabens.

Um **Präventionsketten stigmatisierungsfrei gestalten** zu können, ist es wichtig, alle Kinder in den Blick zu nehmen. Bedarfe sollten lebensweltnah ermittelt werden. Derzeit gibt es keine infrastrukturellen Ansätze und Formate, die mit einem entsprechend offenen Beteiligungsansatz verknüpft werden können. Ausgehend von der Belastungssituation, muss, um passgenaue Hilfen und Unterstützung anbieten zu können, ein Beteiligungsformat entwickelt werden.

Der **Begriff Präventionskette** lässt sich im Kontext des Modellvorhabens entlang folgender Kriterien konkretisieren:

- Ziel: Umfassende Sicherung positiver Lebensbedingungen und Teilhabechancen durch niedrigschwellig nutzbare Angebote und Leistungen, damit die Angebote die erreichen, die am meisten davon profitieren.
- Mittel: Institutionsübergreifende Vernetzung einschlägiger öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Angebote und Leistungen. Hierzu müssen mindestens folgende Institutionen mit einbezogen werden: Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frühe Hilfen, Bildung. Weitere Akteure aus den Bereichen Kultur und Sport sind zu gewinnen.
- Ausrichtung: Grundsätzlich am Lebenslauf mit einer Fokussierung auf das Kindheits- und Jugendalter bis zum Berufseinstieg und nicht an den Institutionen. Der Begriff Kette bezieht sich dabei auf die biographischen Phasen von der frühen Kindheit über das Kita- und Schulalter bis zum Übergang Schule/Beruf und fokussiert insbesondere die Phasenübergänge.
- Koordinierung: Als Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge auf lokaler Ebene auch für Leistungen und Angebote nicht-kommunaler Akteure, wie die Freie Wohlfahrtspflege.
- Nachhaltige Netzwerkpflege: Durch die Bereitstellung einer hauptamtlichen Koordination (im Sinne eines Kümmerers) und hinreichender Ressourcen. Die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Präventionskette muss in der institutionellen Regelpraxis – und damit unabhängig von Sonderfördermitteln und der Laufzeit von Modellvorhaben – mit klaren Ressourcen- und Verantwortlichkeitsbeschreibungen auf der kommunalen Ebene verankert und abgesichert werden.

Die lokale Präventionskette erfordert neben einem kohärenten Netzwerkmanagement auch ein stärkenorientiertes Präventionsverständnis, das den Angeboten und Maßnahmen zugrunde liegt.







Aktueller Sachstand

Die Koordinierungsstelle beim Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen hat folgende Aufgaben:

- Fachliche Begleitung der Modellkommunen beim Aufbau kommunaler Präventionsketten und ihrer Module
- Organisation des Wissensaustauschs zwischen den Modellkommunen in einem Lernnetzwerk
- Fachliche Begleitung und Moderation der Themencluster, in deren Rahmen interessierte Kommunen aus dem Modellvorhaben transferfähige Produkte für weitere Kommunen, die am Aufbau von Präventionsketten interessiert sind, entwickeln
- Bundesweite Bestandsaufnahme guter Praxis des Auf- und Ausbaus kommunaler Präventionsketten
- Enge Zusammenarbeit mit dem LVR-Förderprogramm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“, der Landeskoordinierungsstelle „Frühe Hilfen“ beim Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen sowie weiterer Initiativen der Landesregierung

Im Überblick ergibt sich derzeit folgender Arbeitsstand:

Fachliche Begleitung der Modellkommunen

Die Koordinierungsstelle hat Formate der einzelkommunalen Begleitung entwickelt, die in den Modellkommunen seit Mitte 2012 durchgeführt wurden:

- Zwei strategische Zielfindungswshops pro Kommune (S.M.A.R.T-Modell) mit möglichst breiter Beteiligung öffentlicher und freier Träger. Jugendhilfe, Bildung

und Gesundheitswesen sollten dabei immer beteiligt werden.

- Einzelkommunale Bestandsaufnahmen der Präventionsinfrastruktur auf der Angebots- und Netzwerks-Ebene
- Auswertung der Bestandsaufnahmen und Erstellung einzelkommunaler Begleitkonzepte für den Zeitraum bis Ende 2014
- Abarbeitung der in den Begleitkonzepten festgelegten Begleitaufträge und Erstellung transferfähiger Produkte

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Juli 2013) sind die Begleitkonzepte inhaltlich weitgehend abgestimmt und befinden sich zumeist bereits in der ersten Umsetzungsphase. Der Auftrag der Koordinierungsstelle besteht darin, die Umsetzung der kommunal festgelegten Ziele fachlich zu begleiten, die Einpassung der gewählten Schwerpunktmaßnahmen (Eingrenzungen nach Themen und/oder Altersgruppen) in den Gesamtansatz vom Kind her gedachter Präventionsketten sicherzustellen (also gleichsam darauf zu achten, dass der strategische Blick aufs Ganze erhalten bleibt) und – wenn nötig – passgenaue externe Unterstützungsleistungen (u. a. Expertisen, Expertinnen- und Expertenhearings) bereitzustellen. Die Begleitkonzepte sind so angelegt, dass sie nicht nur der Unterstützung der jeweiligen Kommune dienen, sondern darüber hinaus auch exemplarische Prozessabläufe und Produkte bereitstellen, die sich für den Wissenstransfer auf andere Kommunen nutzen lassen. So können alle Kommunen in NRW von den Ergebnissen bei „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ profitieren.

Organisation des Wissensaustauschs zwischen den Modellkommunen in einem Lernnetzwerk

Vier Mal im Jahr treffen sich die Koordinatorinnen und Koordinatoren der 18 Modellkommunen im Lernnetzwerk. Hier steht jeweils ein Thema im Mittelpunkt, das intensiv diskutiert wird. Es findet auch eine inhaltliche Weiterentwicklung statt. Zu den bisherigen Themen gehören unter anderem Netzwerkmanagement, Einbindung des Gesundheitswesens in das Präventionsnetzwerk oder auch die Nutzung des schulischen Ganztags als potentielle Präventionsinfrastruktur. Die Lernnetzwerktreffen dienen der Information der Koordinatorinnen und Koordinatoren, der Konzeptentwicklung sowie dem interkommunalen Wissenstransfer zwischen den Modellkommunen.

Fachliche Begleitung und Moderation der Themencluster

In vier sogenannten Themenclustern stehen Fragestellungen zentraler Themenfelder im Mittelpunkt. Die Themencluster zu Übergangsmanagement, innovativen Finanzierungsmodellen, Einbindung der Zivilgesellschaft und Sozialraummanagement sind bis Anfang 2014 terminiert und sollen transferfähige Produkte erarbeiten. Sie werden im folgenden Beitrag ausführlich dargestellt. Bis dahin sollen auch transferfähige Produkte erarbeitet sein.

Erstellung transferfähiger Produkte für weitere Kommunen

Diese Aufgabe wird die Weiterverbreitung der Erträge des Modellvorhabens über den Kreis der 18 teilnehmenden Kommunen hinaus sichern. Absehbar ist, dass es aus fachlicher Sicht keine „Masterpläne“ und „blue prints“ als „Anleitungen“ zum Bau kommunaler Präventionsketten geben kann, sondern die spezifischen Ausgangslagen und Bedingungen der einzelnen Kommunen zu beachten sind. Aus dem Modellvorhaben lassen sich allgemeine und auch spezifische Gelingensbedingungen, Herausforderungen und Stolpersteine benennen, die bei der Prävention eine Rolle spielen. Auch die Formulierung maßnahmenübergreifender Qualitätskriterien ist vorgesehen.



Bundesweite Bestandsaufnahme guter Praxis des Auf- und Ausbaus kommunaler Präventionsketten

Die Koordinierungsstelle erstellt derzeit eine bundesweite Bestandsaufnahme guter Praxis beim Aufbau kommunaler Präventionsketten, die bis Ende 2013 abgeschlossen ist.

Zusammenarbeit: LVR-Förderprogramm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ und Landeskoordinierungsstelle „Frühe Hilfen“

Die thematisch eng verwandten Programme „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ und „LVR-Kinderarmut“ führen regelmäßige Konsultationsgespräche durch und haben im April 2013 erstmals eine gemeinsame Frühjahrsakademie als Fortbildungsveranstaltung für die kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren in den jeweiligen Programmgebieten durchgeführt. Aufgrund des großen Erfolgs soll dieses Format im Jahr 2014 mit neuen Inhalten wiederholt werden. Mit der Landeskoordinierungsstelle „Frühe Hilfen“ beim Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Kultur und Sport wird ebenso eng zusammengearbeitet und der Austausch mit weiteren Initiativen der Landesregierung (u.a. Neugestaltung des Übergangssystems Schule-Beruf, Offener Ganztag, integrierte Quartiersentwicklung) gesucht.

Die bisherige Arbeit der Koordinierungsstelle macht die zentrale Bedeutung der breiten Konsensbildung beim Aufbau kommunaler Präventionsketten deutlich. Mit dem beabsichtigten Paradigmenwechsel, Präventionsketten inklusionsorientiert und vom Kind her zu denken, wird aber weithin konzeptionelles Neuland betreten.

Ein Beispiel: Sozialräume, Einrichtungen oder Bevölkerungsgruppen, die mit bekannten Risikofaktoren belastet sind, müssen stärker mit Unterstützungsressourcen ausgestattet werden. Eine Orientierung am Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ ist hier essentiell. Um entsprechende Ressourcen vor Ort in passgenaue Hilfs-, Förder- und Unterstützungsformate umzusetzen, ist es einer bedarfsorientierten Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien selbst – nicht nur von Einrichtungen und Institutionen notwendig. Wie dies flächendeckend in der institutionellen Regelpraxis gewährleistet werden kann, ist wissenschaftlich und fachpolitisch völlig offen.

Perspektiven und Herausforderungen

Die Richtung des Entwicklungsprozesses muss deutlich werden. Schnelle Erfolge lassen sich hingegen eher selten realisieren. Es kommt darauf an, fachlich und finanzwirtschaftlich reflektierte Kriterien der Zugangssteuerung zu Hilfen zu generieren, die dafür sorgen, dass Leistungen dort ankommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Diese Leistungen müssen dann unter Anwendung von Qualitätskriterien erbracht werden, welche einen interinstitutionell koordinierten, effektiven und effizienten Ressourceneinsatz gewährleisten. Wie dies gelingen kann, soll im Modellvorhaben exemplarisch aufgezeigt werden. Illusionär wäre es allerdings, von den Modellkommunen zu erwarten, dass sie dabei jene ordnungspolitischen Probleme auf Landes- und Bundesebene lösen, die mit der institutionellen und leistungsrechtlichen Zersplitterung und Versäulung der bundesdeutschen Präventionslandschaft verbunden sind. Umgekehrt kommuniziert die Landeskoordinierungsstelle aber kommunale Bedarfe und Anregungen an die Landespolitik, um auch auf dieser Ebene Reforminitiativen anzuregen

Eine entscheidende Anforderung ist dabei, dass bei der Abarbeitung der von den Kommunen selbstbestimmt gewählten Schwerpunkte (Konzentration auf bestimmte Themen und Schwerpunkte in der Projektphase von 2012 bis 2014) der Bezug zum Gesamtansatz einer vom Kind her gedachten und auf effektiven Ressourceneinsatz ausgerichteten Präventionskette gewahrt bleibt. Um dies zu erreichen, soll der noch engere Austausch mit den zuständigen Dezernenten und Dezernentinnen sowie den kommunalen Spitzen gesucht werden. Ziel ist es, Prävention als strategische Entscheidung in allen 18 Modellkommunen zu verankern und alters- und bereichsübergreifend umzusetzen.

Inhaltlich-konzeptionell besteht die größte Herausforderung darin, den exemplarischen Charakter und die Transferfähigkeit der im Rahmen des Modellvorhabens erstellten Produkte sicherzustellen. Hier zeigt sich im bisherigen Projektverlauf bereits ein Spannungsverhältnis zwischen den Anforderungen einer partizipativen Prozessorientierung, die alle mitnimmt, und einer erforderlichen Steuerung mit Interesse an standardisierten Lösungen, Produkten und Verfahren. Als konstruktiver Weg zur Vereinbarung beider Anforderungen zeichnet sich die Erarbeitung von Qualitätskriterien der Zugangssteuerung zu Hilfen ab; Kriterien dieses Zuschnitts können dann auf die regionalen Ausgangslagen und Handlungsbedingungen hin spezifiziert werden und ermöglichen dennoch die Etablierung vergleichbarer Prozesse und Produkte.



Themencluster

Bei der Umsetzung von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ stehen bisher vier zentrale Themenfelder im Mittelpunkt. Sie basieren auf den individuellen Handlungsfeldern, in denen die 18 Modellkommunen aktiv sind.

1. Übergangsmanagement
2. Innovative Finanzierungsmodelle
3. Einbindung der Zivilgesellschaft
4. Sozialraummanagement

Die Themencluster verstehen sich als Produktionscluster, in denen unterschiedliche Produkte (u.a. Handreichungen, Praxisempfehlungen) erarbeitet und für die Praxis nutzbar gemacht werden.

Sie nutzen hierzu die Erfahrungen aus den beteiligten Modellkommunen selbst, gute Praxis aus anderen Kommunen sowie aktuelle fachpolitische und wissenschaftliche Konzepte und Erkenntnisse.

Die Koordinierungsstelle organisiert und moderiert Treffen und unterstützt die Arbeit durch zielgenaue Vergabe von Expertisen, die Organisation von Hearings oder auch durch die Einladung externer Referentinnen und Referenten.

1. Übergangsmanagement

Vorbeugende Politikstrategien sollen sich mehr an der Biografie der Kinder orientieren. Wo ist Unterstützung notwendig? Wann müssen öffentliche und freie Träger helfen? Die alltägliche Lebensführung von Kindern und Familien steht mit ihren biographischen Herausforderungen im Mittelpunkt des Themenclusters. Das Themencluster beschäftigt sich mit den Schwerpunkten Übergang Familie – Institution (U3/Kita) und Übergang Kita – Grundschule.

Dies bedeutet konkret:

- Übergänge in zeitlichen Korridoren konzipieren, die vom Kind her gedacht sind
- Abgehende und aufnehmende Institutionen müssen im Sinne des Kindes zusammenarbeiten und individuelle Entwicklungsdokumentationen erstellen sowie die Bereitschaft, diese zwischen den Kettengliedern weiter zu geben, fördern

2. Innovative Finanzierungsmodelle

Trotz fragmentierter Finanzierungsregelungen sollen Kinder, Jugendliche und deren Familien durch eine niedrigschwellige Vergabe von Leistungen aus einer Hand profitieren. Dies stellt die Kommunen vor besondere Herausforderungen.

Das Themencluster beschäftigt sich mit drei Schwerpunkten:

- Erarbeitung von Methoden zur Kosten-/Nutzen-Analyse, um finanzwirtschaftliche Verbesserungen im Konsens mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen ausweisen zu können.

- Entwicklung von Kennzahlen, die die kommunale Verwaltung sinnvoll nutzen kann: Ziele formulieren und messbar machen
- Fokussierung auf realistische Perspektiven: komplexe Situation durch Akteure (Bund – Land), Erstellung von Ursachen-/Wirkungsanalysen, anschließender Blick auf finanzielle Auswirkungen

3. Einbindung der Zivilgesellschaft

In den Kommunen soll die Beteiligung der Zivilgesellschaft verstärkt werden. Nur wenn alle gesellschaftlichen Gruppen am Modellvorhaben mitwirken, kann „Kein Kind zurücklassen!“ erfolgreich sein. Deshalb wird dieser Aspekt im Rahmen von Local Governance in den Kommunen verankert.

Im Themencluster geht es im Kern um folgende Aspekte:

- Fokussierung auf Möglichkeiten und Potentiale zivilgesellschaftlicher Einbindung
- Bestandsaufnahme guter Praxis
- Erreichung der Zielgruppen
- Sensibilisierung und Einbeziehung von Fachkräften
- Aus Beschwerden lernen
- Qualifizierung von Fachkräften

4. Sozialraummanagement

Stadtteile sollen durch eine konzeptionelle Verknüpfung von indikatorenbasierten und beteiligungsorientierten Bestands- und Bedarfsanalysen untersucht werden. Hierdurch wird eine integrierte Stadtteil- und Gemeindeentwicklungsplanung möglich.

Schwerpunkte im Themencluster sind:

- Verankerung multiprofessioneller Zusammenarbeit in der Regelpraxis: Sozialraumteams, Case Management, Hilfeplanung oder auch Fallkonferenzen
- Etablierung eines kleinräumigen Sozial- und Bildungsmonitorings als Basis einer entsprechend orientierten strategischen Entwicklung

Darüber hinaus werden weitere Themen diskutiert:

- Begriffsdefinition: Sozialraum und Sozialraummanagement
- Umgang mit/Weiterverarbeitung von unterschiedlichen Berichtswesen und Daten aus dem Sozialraum
- Bedingungen im Sozialraum
- Bedarfslage von Kindern, Jugendlichen und Familien
- Sozialräumliches Netzwerkmanagement
- Beteiligungsverfahren
- Finanzierung/Sozialraumbudgets





ARNSBERG



EINWOHNER

Gesamt 74.383
unter 18 Jahren 12.800

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Alle Kinder, Jugendliche und Familien erreichen
2. Chancengerechtigkeit herstellen
3. Optimierung von Koordination und Vernetzung der Fachkräfte/Institutionen

Im besonderen Fokus stehen:

- Altersgruppe -9 Monate bis 7 Jahre
- Prävention von Schulverweigerern
- werdende und junge Eltern

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Alle Kinder sollen zur Teilnahme an der gesundheitlichen Regelversorgung befähigt werden
- Alle Kinder sollen Unterstützung beim Zugang zu entwicklungsangemessener Ernährung erhalten
- Eltern von Neugeborenen erhalten flächendeckend ein Begrüßungspaket
- werdende Eltern bekommen einen Schwangerenwegweiser (u.a. Infos zu Beratungsangeboten, Ansprechpartnern)
- werdende Eltern erhalten eine lebensweltnahe Beratung zu Unterstützungsmöglichkeiten
- steigende Inanspruchnahme von Angeboten zum altersgerechten sozialen Lernen in Kitas und Grundschulen
- steigende Inanspruchnahme von Angeboten für Kinder mit Anzeichen von Entwicklungsdefiziten in Kitas und Grundschulen. Weiterführende Schulen bieten ergänzende sexualpädagogische Angebote an

Im Zentrum der Präventionspolitik der Stadt Arnsberg steht die Altersgruppe -9 Monate bis 7 Jahre. Das Thema Schulverweigerung wird als zweiter Projektschwerpunkt aufgesetzt. Dabei war zunächst gedacht, diesen als Parallelprozess jenseits des ersten Schwerpunktes aufzusetzen. Inzwischen gibt es fachlich begründete Überlegungen, auch Prozesse von Schulverweigerung bereits frühzeitig (z.B. beim Übergang von der Kita in die Grundschule) mitzudenken.

Weiterhin will Arnsberg die Koordinierungs- und Vernetzungsstrukturen ausbauen und eine Informations- und Austauschplattform einrichten.

Koordination:

Christian Eckhoff, Stadt Arnsberg, Kinder-, Jugend und Familienbüro, Schwester Aicharda Str. 12, 59755 Arnsberg, c.eckhoff@arnsberg.de, 02932 – 2011395

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Arnsbergs:

- Qualität im Elementarbereich
- Übergang Schule und Beruf
- Förderung bürgerschaftlichen Engagements
- Aufbau Früher Hilfen im Verbund mit Familienzentren



Familienzentren nach dem „Arnsberger Modell“

Neun Familienzentren verteilen sich auf die Stadtteile Neheim, Hüsten und Arnsberg. Das Besondere am „Arnsberger Modell“ ist die Schaffung einer trägerübergreifenden Struktur für die Gesamtstadt. Auf der Entscheidungsebene ist unter Wahrung der Trägerautonomie eine zentrale trägerübergreifende Steuerungsgruppe eingerichtet worden, die den Prozess vorgibt.

Sie besteht aus Trägervertretern, den Einrichtungsleitungen und Mitarbeitern des Fachbereiches Schule, Jugend und Familie sowie der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Arnsberg. Sie hat drei Aufgaben: Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes, allgemeiner Informationsaustausch sowie der schrittweise Transfer der positiven Ergebnisse in die Fläche.

Zur Geschäftsführung dieser Steuerungsgruppe gibt es auf der operativen Ebene eine Geschäftsstelle für Familienzentren im Fachbereich Schule, Jugend und Familie. Die Geschäftsführung bildet die Informationsplattform für das Projekt. Darüber hinaus ist sie für die Ausgestaltung des benötigten Netzwerkes und die praktische Umsetzung der Projektidee in der gesamten Stadt Arnsberg zuständig.

Initiatoren: Fachbereich Schule, Jugend und Familie, Gleichstellungsbeauftragte und Fachausschuss Schule, Jugend und Familie der Stadt Arnsberg, evangelische und katholische Kirchengemeinden in Arnsberg als Träger von Kindertagesstätten

Kooperationspartner: Katholische Bildungsstätte Arnsberg, Familienhilfzentrum Marienfrieden, Ärzte, Klinikum (u. a. Elternschule), Gemeindereferenten, Phantasiewerkstatt, Beratungsstellen, Familienbüro, Fachstelle Kindertagespflege und Fachdienst besondere Förderung junger Menschen und ihren Familien der Stadt Arnsberg

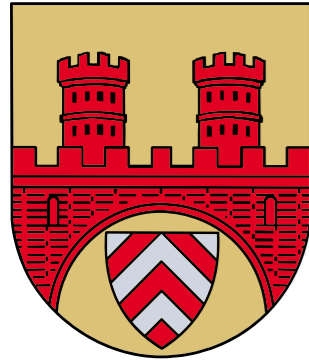
Das ist gut:

- Ganzheitliche sozialräumliche Ausrichtung
- Träger übergreifende Vernetzung mit Steuerungsgruppe und Qualitätszirkeln
- Einrichtung einer eigenen Geschäftsstelle Familienzentrum „Arnsberger Modell“

Kontakt:

Heidi Appelhans, Stadt Arnsberg, Familienbüro, Geschäftsstelle Familienzentren im „Arnsberger Modell“, h.appelhans@arnsberg.de, 02932 – 2011463

BIELEFELD



EINWOHNER

Gesamt 326.870
unter 18 Jahren 55.940

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Sprachförderung
2. Neuausrichtung der Schulsozialarbeit
3. Projekt Übergang Kita-Grundschule (KIGS)
4. Gesundheit, Ernährung, Bewegung
5. Quartiersentwicklung

Im besonderen Fokus stehen:

- Kinder im Elementarbereich
- Übergangmanagement Kita und Grundschule (KIGS-Projekt, Sprachförderung, Ernährung und Bewegung)
- Entwicklung von zwei ausgewählten Sozialräumen (Quartiersentwicklung)
- Neuausrichtung der Schulsozialarbeit nach BuT

Ziele der Arbeit im Projekt sind:

- Sprachförderung: Weiterentwicklung von Förderkonzepten im Hinblick auf die Verbesserung der Übergänge zwischen Kita und Grundschule
- Schulsozialarbeit: Weiterentwicklung von Schulsozialarbeit im Hinblick auf einen quartiersbezogenen Ansatz
- Ernährung und Bewegung im Elementar- und Primarbereich: Vernetzung von Angeboten im Quartier (Kita, Schule, OGS, Sportverein) sowie die Verbesserung des Übergangs Kita und Grundschule

Der Ansatz der präventiven Sozialpolitik wird in Bielefeld nicht nur im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe angewendet. Er gilt vielmehr als sozialpolitischer Grundsatz für alle Alters- und Zielgruppen. Damit „Kein Kind zurücklassen!“ eine breite Basis in Bielefeld findet, wurde eine Lenkungsgruppe mit einer Vielzahl von Akteuren (u. a. Verwaltung, freie Träger, Schule, politische Vertreter) eingerichtet. Sie soll weitere Handlungsschwerpunkte erarbeiten, neue Projekte initiieren und Netzwerkstrukturen aufbauen. Hierzu wurden zu den o.g. Themen Fachgruppen gebildet, die mit den konkret handelnden Personen aus den unterschiedlichen Institutionen besetzt sind.

Koordination:

Norbert Wörmann, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention, Niederwall 23, 33597 Bielefeld, norbert.woermann@bielefeld.de, 0521 – 512338

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Bielefelds:

- Gesundheitsprävention im Elementarbereich
- Intensivierung der Elternarbeit
- Einheitliche Anlaufstelle von Jugendberufshilfe und SGB II
- Weiterentwicklung der wirkungsorientierten Steuerung



Stadtteilmütter

Sechs Stadtteilmütter kümmern sich in Bielefeld-Sieker um Familien mit Migrationshintergrund. Sie wurden vom Sozialverband Katholischer Frauen qualifiziert.

Die Frauen, die neben Deutsch auch Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Tamilisch, Russisch oder Englisch sprechen, stehen bei den programmatischen Schwerpunktthemen ehrenamtlich mit Rat und Tat zur Seite – egal ob Arztbesuche, Elternabende oder Behördengänge. Somit werden sie zu einem Bindeglied zwischen den Familien und den Einrichtungen und Diensten vor Ort.

Die Arbeit der Stadtteilmütter wird in der Stadt äußerst positiv aufgenommen. Das Projekt sollte ursprünglich Ende 2012 auslaufen, wird nun aber unbefristet verlängert. Gleichzeitig soll es auf das Ostmannurturmviertel ausgeweitet werden.

Initiator: Stadt Bielefeld, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Kooperationspartner: Sozialverband Katholischer Frauen (Stadtteil Sieker)

Das ist gut:

- Starkes ehrenamtliches Engagement
- Durch Mehrsprachigkeit werden bislang unerreichte Familien angesprochen
- Ausweitung auf einen zweiten Stadtteil

Kontakt:

Andreas Kämper, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention der Stadt Bielefeld, andreas.kaemper@bielefeld.de, 0521 – 516847

DORMAGEN



EINWOHNER

Gesamt 62.208
unter 18 Jahren 10.500

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Optimierung des Übergangs von der Grundschule in die weiterführende Schule
2. Optimierung des Übergangs von der Sekundarstufe I in Ausbildung, Beruf und Arbeit

Im besonderen Fokus stehen:

- Schülerinnen und Schüler vom Ende der Grundschulzeit (ca. 10 Jahre) bis zum Eintritt in Ausbildung/Beruf (ca. 18 Jahre)
- Familien der Kinder und Jugendlichen

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Sinkende Quote von Schulabbrechern
- Steigende Teilnahme der Zielgruppe (Lehrer, pädagogische Fachkräfte, Eltern) an Fachveranstaltungen und Netzwerktreffen

Vor dem Hintergrund der geplanten flächendeckenden Umsetzung des „Neuen Übergangssystems“ in Nordrhein-Westfalen plant Dormagen, in enger Kooperation mit den Schulen, Angebote der Berufsorientierung (Potentialanalysen, Berufsberatung) an allen weiterführenden Schulen einzuführen oder weiterzuentwickeln.

Koordination:

Uwe Sandvoss, Präventionsbeauftragter der Stadt Dormagen, Paul-Wierich-Platz 2, 41538 Dormagen, uwe.sandvoss@stadt-dormagen.de, 02133 – 257245
Kathrin Kramer, Koordinatorin NeFF II der Stadt Dormagen, Paul-Wierich-Platz 2, 41538 Dormagen, kathrin.kramer@stadt-dormagen.de, 02133 – 257-568
Angelika Fernhomberg, Jugendbildungsbüro der Stadt Dormagen, Paul-Wierich-Platz 2, 41538 Dormagen, angelika.fernhomberg@stadt-dormagen.de, 02133 – 257572

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Dormagens:

- Frühe Hilfen, einschließlich umfassender aufsuchender Beratung bis zum 10. Lebensjahr (Ausbau und Aufbau niederschwelliger Elternbildung durch Babyclubs, Krabbelclubs und Stadtteilernterschulen, gesundes Aufwachsen für Dormagener Kinder)
- Kooperative Qualitätsentwicklung in der Kommune: Dormagener Qualitätskatalog der Kinder- und Jugendhilfe
- Fortbildungen im Kinderschutz mit allen Fachkräften (u. a. Kindertagesstätten, Jugendzentren, Tageseltern, Vollzeitpflegeeltern, Schulen, Kinderarztpraxen)
- Vernetzung im Bereich „Arbeit und Ausbildung“ durch Kooperation mit dem Jugendbildungsbüro
- Förderung von Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung
- Verbesserung der institutionellen Übergänge



Netzwerk für Familien (NeFF)

Das Netzwerk für Familien besteht aus Fachkräften, die die Lebensbedingungen für Familien verbessern wollen und hierfür frühzeitige Hilfeangebote unterbreiten. Im Sinn einer Präventionskette soll die Entwicklung eines Kindes schon ab dem Zeitraum vor seiner Geburt – während der Schwangerschaft – bis ins Grundschulalter hinein positiv beeinflusst werden (NeFF I).

Die bisherige Präventionskette wird im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“ bis zum Eintritt eines jungen Menschen in Ausbildung, Beruf und Arbeit erweitert (NeFF II). Der Schwerpunkt liegt auf einer Verbesserung der institutionellen Übergänge, die insbesondere für sozial benachteiligte junge Menschen aus bildungsfernen Familien problembehaftet sind.

Ziele des Netzwerks sind unter anderem eine Verbesserung der Frühen Förderung von Kindern, die Thematisierung und Bekämpfung von Kinderarmut, die Qualifikation von Fachkräften, Eltern und Bürgern in den Bereichen Prävention, die Entwicklung eines gesamtstädtischen und ganzheitlichen Kinderschutzkonzepts und die Stärkung der Systemübergänge im Schulbereich und beim Eintritt in Ausbildungs- und Arbeitswelt.

Initiator: Jugendamt der Stadt Dormagen

Kooperationspartner: Jugendhilfe, Gesundheitssystem (Hebammen, KJGD), Bildungssystem (alle Schulen), Schulverwaltung, Arbeitsagentur, Berufsberatung, Jugendberufshilfe, Jugendfreizeiteinrichtungen, Unternehmen, Wirtschaftsförderung, Jobcenter, Bundesagentur, Jugendberufshilfeträger, ehrenamtlich Tätige

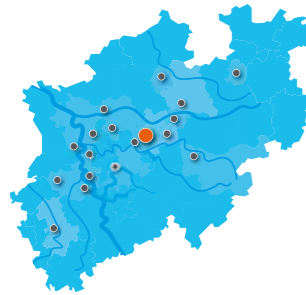
Das ist gut:

- Dauerhafte und produktorientierte Einbindung aller relevanten Akteure
- Grundlage für gelingende und zielgerichtete Arbeit
- Evaluationsansätze belegen Wirksamkeit der Neugeborenenbesuche

Kontakt:

Uwe Sandvoss, Präventionsbeauftragter der Stadt Dormagen, uwe.sandvoss@stadt-dormagen.de, 02133 – 257245
Kathrin Kramer, Koordinatorin NeFF II, kathrin.kramer@stadt-dormagen.de, 02133 – 257568

DORTMUND



EINWOHNER

Gesamt 571.143
unter 18 Jahren 89.680

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Schließung der Lücken bei Bildungs- und Förderangeboten für 0-3-Jährige außerhalb von Betreuungsangeboten
2. Verbesserung der Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen zur Förderung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte
3. Ganzheitliche Sprachbildung
4. Informationen für werdende Eltern zu Bildungs-, Betreuungs- und Förderangeboten
5. Gestaltung des Übergangs Kita-Grundschule
6. Lotsensystem für Bildungsketten von 0-10-Jährigen
7. Aufbau eines umfassenden Netzwerks in einem belasteten Sozialraum

Im besonderen Fokus stehen:

- Eltern während der Schwangerschaft sowie Kinder bis 3 Jahre und deren Eltern

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Sinkende Zahl von Kindern mit Sprachauffälligkeiten
- Verringerte Nichtteilnahme an U5-U8
- Erhöhte Inanspruchnahme von Angeboten für 0-3-Jährige und deren Eltern in den Bereichen Bewegung, Ernährung, Sprache
- Erhöhte Inanspruchnahme von Förderangeboten für 0-3-Jährige mit Zuwanderungsgeschichte
- Erhöhte Inanspruchnahme von Hebammenleistungen
- Erhöhte Teilnahme an Elternbildungsveranstaltungen

In Dortmund sollen die Koordinierungsstrukturen für den Übergang Kita-Grundschule ausgebaut werden. Innerhalb des entstehenden Koordinierungskreises werden die Handlungsempfehlungen überarbeitet. Weiterhin werden für das Lotsensystem Prozessbeschreibungen und Verfahrenshinweise erstellt. Im Rahmen von „INFamilie“ wird unter Stärkung zivilgesellschaftlicher Einbindung ein sozialräumliches Gesamtnetzwerk aufgebaut.

Koordination:

Klaus Burkholz, Fachbereichsleiter Jugendamt, Ostwall 64, 44135 Dortmund, kburkholz@stadtdo.de, 0231 – 5022519

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Dortmunds:

- Regionales Übergangsmanagement Schule-Arbeitswelt
- Frühe Hilfen und Kinderschutz
- Generelle niedrigschwellige Angebote
- Aktionsplan „Soziale Stadt“



Netzwerk INFamilie

Im Brunnenstraßen- und Hannibalviertel stehen Kinder bis zum zehnten Lebensjahr sowie deren Eltern im Mittelpunkt des Netzwerkes INFamilie. Insgesamt arbeitet ein Netzwerk aus knapp 60 Akteuren öffentlicher und freier Träger daran, den Kindern gute Chancen in der Schule und auf einen späteren Beruf zu eröffnen. Bildungsketten sollen entwickelt und verbindlich aufgebaut werden. Darüber hinaus wird das Wohnumfeld attraktiver gestaltet. Diese Umfeldverbesserung dient auch Beteiligungsprozessen und der Kontaktaufnahme zur Zielgruppe.

Zentral sind bei INFamilie Ankerstandorte, wie die Grundschule Kleine Kielstraße. Aus dem Netzwerk wurden zahlreiche neue Angebote wie Baby-Eltern-Treffs, Bewegungsangebote, Kinderstuben oder auch Sprachförderung geschaffen. Bereits bestehende Angebote wie Willkommensbesuche und Spielplätze werden ausgebaut.

Initiatoren: Grundschule Kleine Kielstraße, AWO, Familien-Projekt, kath. Familienzentrum, Förderzentrum Diakonisches Werk

Kooperationspartner: Alle im Quartier aktiven sozialen Dienstleister, Initiativen und Zivilgesellschaft

Das ist gut:

- Fokus liegt auf konkreten Verbesserungen
- Konsequente und breite zivilgesellschaftliche Beteiligung in Planung und Umsetzung
- Vermeidung von Reibungsverlusten durch Parallelstrukturen
- Schaffung verbindlicher Bildungsketten

Kontakt:

Ingolf Sinn, Projektleiter „INFamilie“, isinn@stadtdo.de, 0231 – 5029896

DUISBURG



EINWOHNER

Gesamt 488.468
unter 18 Jahren 81.130

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Aufbau und Stärkung elterlicher Kompetenzen
2. Verbessertes Zugang zu unterschiedlichen Zielgruppen
3. Niedrigschwellige Gesundheits- und Ernährungsberatung

Im besonderen Fokus stehen:

- Schwangere, Kinder bis 6 Jahre und deren Eltern im Stadtteil Duisburg-Hochfeld

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Ausbau und Verstärkung der Sexualaufklärung und der Schwangerschaftsprävention
- effektivere Bekanntmachung bestehender Elternbildungsangebote bei Zielgruppenvertreterinnen und -vertretern sowie aufsuchende Angebote
- Erhöhung der Personalressourcen für interkulturelle Beratung
- Erhöhung der Beratungsfrequenzen der interkulturellen Beraterinnen und Berater und der entsprechenden Gruppenangebote
- Aufbau eines trägerübergreifenden Angebots der Gesundheits- und Ernährungsberatung
- Fortbildung von Beraterinnen und Beratern im Stadtteil zum Bereich Gesundheits- und Ernährungsberatung und zu weiteren, aktuellen Gesundheitsthemen

Alle beratenden Organisationen werden darin geschult, auch gesundheits- und ernährungsbezogene Beratung in ihre Arbeitskontexte einzubringen. Um einen besseren Zugang zu der Zielgruppe zu erlangen, werden die Interkulturellen Beraterinnen und Berater als Schlüsselfiguren genutzt. Darüber hinaus ist angedacht, Anschreiben, die sich an Familien richten, sprachlich zu vereinfachen und in mehrere Sprachen übersetzen zu lassen.

Als weitergehender Projektansatz soll in Duisburg-Hochfeld den prekären Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien begegnet werden, die von Armutsmigration betroffen sind. Dazu soll ein Konzept zur Gewährleistung der Grundversorgung und gesellschaftliche Teilhabechancen erarbeitet werden.

Koordination:

Dr. Jens Stuhldreier, Leiter der Regionalagentur NiederRhein, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik, Bismarckplatz 1, 47198 Duisburg, j.stuhldreier@stadt-duisburg.de, 0203 – 2834208

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Duisburgs:

- Elternbildungsangebote
- Frühe Hilfen
- Gesundheitliche Prävention
- Armutsmigration
- Sozialräumlicher Ansatz
- Ansprache schwer erreichbare Zielgruppen



Eltern-AG

Im Mittelpunkt der Arbeitsgemeinschaft stehen werdende Eltern und junge Familien in schwierigen Lebenslagen sowie Eltern mit Migrationshintergrund. In einer sechs- bis zehnwöchigen Vorlaufphase werden Eltern in Zusammenarbeit mit Institutionen und Fachkräften aus dem pädagogischen, psychologischen oder medizinischen Bereich für die Teilnahme gewonnen. Danach werden die Eltern 20 Wochen lang durch qualifizierte Mentoren begleitet und lernen – auch voneinander im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe – wichtige Grundlagen zum Thema Erziehung.

Die Eltern werden dadurch zunehmend eigenständiger und können die Treffen nach der Mentorenphase selbstständig durchführen. Die Gruppen bestehen dann als selbstorganisierte Gruppe, die sozialräumlich vernetzt ist. Bei Bedarf werden sie durch Paten unterstützt.

Initiator: Jugendamt der Stadt Duisburg

Kooperationspartner: Diakonisches Werk Kirchenkreis Moers, Diakonie Duisburg West, AWO-Integrations gGmbH, Caritasverband Duisburg e.V., Familie Richtig Orientiert (FaRO) GmbH, Diakoniewerk Duisburg GmbH, Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Duisburg e.V., Ziuma e.V.

Das ist gut:

- Niedrige Zugangsschwelle
- Konsequente inhaltliche Ausrichtung an den Themen der Eltern
- Aufbau auf Erfahrungsaustausch und Handlungslernen in der Gruppe

Kontakt:

Karen Dietrich, EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH, kdietrich@eg-du.de, 0203 – 9942941

DÜSSELDORF



EINWOHNER

Gesamt 586.291
unter 18 Jahren 87.040

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Gesundheitsprävention in Hassels-Nord
2. Bildungsplanung und Bildungsbegleitung in Wersten-Südost
3. Individuelle Unterstützung des gesunden Aufwachsens und der Bildungschancen in Rath

Im besonderen Fokus stehen:

- Kinder und Jugendliche in Sozialräumen mit besonders hohem sozialen Handlungsbedarf

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele (Hassels-Nord):

- Verbesserte Werte der Schuleingangsuntersuchung
- Verbesserte Werte im moto-diagnostischen Komplextest (Klassen 2 und 5)

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele (Wersten-Südost):

- Mittelfristig weniger Kinder in Förderschulen
- Langfristig weniger Jugendliche ohne Schulabschluss
- Langfristig mehr Kinder aus Wersten an Realschulen, Gesamtschulen oder Gymnasien
- Verbesserte Kita-Förderangebote für 0-6-Jährige mit HzE-Bezug
- Höhere Anzahl an Kindern mit HzE-Bezug, die eine Kita besuchen
- Erhöhte Zahl von 6-10-Jährigen mit HzE-Bezug, die in einer OGS oder einem vergleichbaren Angebot betreut werden
- Familien mit HzE-Bezug erhalten ein Familienbildungsangebot
- Mehr Familien mit HzE-Bezug nehmen ein Familienbildungsangebot wahr

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele (Rath):

- Erhöhte Anzahl von Kindern in geeigneten Betreuungsangeboten
- Erhöhte Anzahl von Kindern in OGS oder geeigneten außerschulischen Bildungs- und Förderangeboten
- Eltern von Kindern zwischen 0 und 10 Jahren erhalten Familienbildungsangebote zur Bildungsförderung und Gesundheitsthemen
- Mehr Kinder und Jugendliche besuchen Realschule, Gesamtschule oder Gymnasium
- Verbesserte Werte im moto-diagnostischen Komplextest (Klassen 2 und 5)

Im Mittelpunkt steht in Düsseldorf der Wunsch, die Präventionsarbeit in den Bereichen Bildung und Gesundheit für Kinder, Jugendliche und Eltern in Sozialräumen mit einem hohen Belastungspotential zu verbessern. Ihnen soll konsequent die Inanspruchnahme von regelhaften und nicht regelhaften Angeboten ermöglicht werden. Ein Erfolgsschlüssel liegt dabei neben der Qualifikation und Vernetzung von Fachkräften in der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements.

Koordination:

Johannes Horn, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf, Willy-Becker-Allee 7, 40227 Düsseldorf, johannes.horn@duesseldorf.de, 0211 – 8995101

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Düsseldorfs:

- Düsseldorfer Elternschule
- Programm „Zukunft für Kinder“
- Elternbesuchsdienst
- Familienzentren
- Gewaltpräventionsprogramm „Faustlos“ in Kitas und Grundschulen
- Übergang Kita/Grundschule sowie Übergang Schule in den Beruf
- Düsseldorfer Modell der Bewegungs-, Sport- und Talentförderung
- Schulsozialarbeit
- Diversionstage (14-21Jahre)



Diversionstage

Straffällige Jugendliche können unter bestimmten Voraussetzungen in den Genuss einer pädagogischen Alternative zum gerichtlichen Verfahren kommen. Dies können gemeinnützige Sozialstunden in Senioren-, Kinder- oder Tierheimen, therapeutische Kurse oder Anti-Gewalt-Trainings oder auch Beratungsgespräche, die Entschuldigung beim Geschädigten oder der Täter-Opfer-Ausgleich sein.

Um sich für die Diversionstage zu qualifizieren, müssen zwei Kriterien erfüllt sein: Die Jugendlichen müssen geständig sein, und es müssen Hinweise auf Gefährdungen vorliegen, die eine Intervention der beteiligten Behörden geboten erscheinen lassen. Auf Vorschlag der Polizei trifft die Staatsanwaltschaft die Entscheidung, ob eine Zulassung für den Diversionstag erfolgt.

Haben Eltern aber bereits angemessene, pädagogische Maßnahmen ergriffen, kann die Staatsanwaltschaft auch ohne ein weiteres Verfahren das Verfahren einstellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe im Strafverfahren und der Staatsanwaltschaft besprechen mit dem Jugendlichen und den Eltern das Tatgeschehen und die Lebensumstände zu Hause, in Schule und Freizeit. Dabei werden notwendige Auflagen ausgesprochen und zeitnah vermittelt. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass 92 Prozent der Jugendlichen ihre Auflagen erfüllen.

Initiatoren: Stadt Düsseldorf, Kriminalpolizei Düsseldorf

Kooperationspartner: Kriminalpolizei Düsseldorf, Staatsanwaltschaft Düsseldorf, Jugendamt Düsseldorf und freie Träger (Jugendhilfe im Strafverfahren)

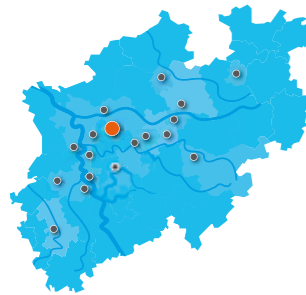
Das ist gut:

- Bei Teilnehmern zeigt sich im Anschluss eine geringere Rückfallquote
- Einbeziehung der Eltern
- Reaktion zeitnah nach der Tat

Kontakt:

Manfred Brüggemann, Stadt Düsseldorf, Jugendhilfe im Strafverfahren, manfred.brueggemann@duesseldorf.de, 0211 – 8996454

GELSENKIRCHEN



EINWOHNER

Gesamt 258.766
unter 18 Jahren 42.660

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Weiterentwicklung der bereits bestehenden Biografie begleitenden kommunalen Präventionskette „Biografien gemeinsam gestalten – Erziehung und Bildung von Anfang an“
2. Frühe Sicherung des Kinderschutzes
3. Verbesserung der Bildungschancen, Bildungsübergänge und Schulerfolge
4. Förderung der Kindergesundheit
5. Frühe Einbeziehung von Eltern als unverzichtbare Partner

Modellhafte Optimierung:

- die modellhafte Optimierung der bestehenden Präventionskette im Referenzsozialraum Schalke (als ein Segment)

Die Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Reduzierte Zahl an Klassenwiederholung in der Grundschule
- Steigerung der Übergangsempfehlungen zu höher qualifizierenden Schulen
- Einrichtung eines individuellen Förderangebots für besonders benachteiligte Kinder im Übergang Kita – Grundschule
- Reduzierung der Nichtschwimmerquote im Übergang zur Sekundarstufe I
- Flächendeckende Versorgung durch die Kindertafel „Jedem Kind ein Pausenbrot und Obst“ in allen Grundschulen
- Sensibilisierung von Eltern für die (zahn-)gesunde Ernährung ihrer Kinder
- Einrichtung zusätzlicher bedarfsgerechter Bewegungsangebote vor Ort
- Etablierung wöchentlicher, kultursensibler Elterncafés in allen Grund- und Hauptschulen
- Schaffung eines Peer-Projektes zur Sensibilisierung von Hauptschülerinnen für eine verantwortliche Elternschaft
- Initiierung eines Bildungsverbundes im Sozialraum zur Erhöhung von Bildungschancen und Schulerfolgen.

In Gelsenkirchen ist Prävention ein integrales ressortübergreifendes Element von gesamtstädtischer Steuerung. Aus diesem Grund wurde im Mai 2012 im Vorstandsbereich des Oberbürgermeisters die Koordinierungsstelle kommunale Prävention eingerichtet. Zu den zentralen Aufgaben der Koordinierungsstelle gehören die Bestands- und Bedarfserhebung der präventiven Hilfen/Angebote, die gesamtstädtische Steuerung/Koordination der präventiven Angebote, die Moderation der Optimierungsprozesse mit den lokalen Akteuren sowie eine Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalyse der präventiven Maßnahmen.

Um die Präventionsmaßnahmen strategisch zu steuern, steht neben der fiskalischen Evaluation auch die Einbindung von Mikrodaten in die Planungsprozesse im Fokus.

Koordination:

Dagmar Eckart, Stadt Gelsenkirchen, Der Oberbürgermeister, Referat 3 – Verwaltungskoordination, Koordinierungsstelle kommunale Prävention, Goldbergstr. 14, 45879 Gelsenkirchen, dagmar.eckart@gelsenkirchen.de, 0209 – 1698562

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Gelsenkirchens:

- Frühe Entkoppelung des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft
- Frühe und kontinuierliche Einbeziehung von Eltern als aktive Erziehungs- und Bildungspartner, die in der Schwangerschaft – spätestens nach der Geburt – beginnt
- Frühe Förderung und Diagnostik: Kita-Eingangsuntersuchungen
- Einheitliches Sprachförderkonzept in allen Kitas
- Sozialdienst Schule (Grundschule), der auf Resilienzförderung und aufsuchende Arbeit setzt
- Kultursensible Elternangebote (Griffbereit, Elterncafés Brücke)
- Systematische Einbeziehung von Sport, Kultur und Umwelt
- Sozial-Monitoring/Risikoidentifikation und eine integrierte ressortübergreifende Sozialraum-orientierte Planung



Die Elterncafés „Brücke“

Durchschnittlich 200 Eltern werden durch das aktivierende und interkulturelle Angebot der Elterncafés „Brücke“ in Gelsenkirchener Schulen und Stadtteilen erreicht. An 20 Standorten öffnen die Einrichtungen einmal in der Woche. Sie werden von Eltern für Eltern angeboten.

Die moderierenden Eltern werden durch die RAA und VHS kontinuierlich qualifiziert. Konkret geht es bei den Elterncafés um alltags- und erziehungsrelevante Themen, zu denen bedarfsweise zusätzliche Expertinnen und Experten eingeladen werden. Dadurch vermitteln sie Kenntnisse über Themen, wie Gesundheit, Verbraucher- und Umweltschutz, Partizipation, Demokratie oder auch Interreligiosität. Zusätzliche Exkursionen und niedrigschwellige Sprachkurse ergänzen die Angebote.

Initiatoren: RAA und VHS

Kooperationspartner: Interdisziplinäre Akteure und lokale Netzwerkpartner

Das ist gut:

- Empowerment- und Settingansatz als ressourcenorientierte Netzwerkarbeit
- Kultursensible und niedrigschwellige Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte
- Steigerung der Selbstwirksamkeit und Partizipation von Eltern

Kontakt:

Gisela Haciabdurrahmanoglu, Stadt Gelsenkirchen, gisela.haciabdurrahmanoglu@gelsenkirchen.de, 0209 – 1698566

GLADBECK



EINWOHNER

Gesamt 73.974
unter 18 Jahren 12.680

Profil im Rahmen „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

- Ausbau von flächendeckenden und bedarfsgerechten Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- Verbesserung der Sprachkompetenz von Kindern
- Integration von Migrantinnen und Migranten
- Verbindliche Gestaltung der Bildungsübergänge
- Familienfreundliche, -verträgliche Stadtentwicklung
- Planung von Wohngebieten für junge Familien und ältere Bürgerinnen und Bürger
- Weiterentwicklung und Ausbau der Familienbildung und Bildungsberatung
- Freiräume für Mädchen und Jungen durch Spiel- und Sportstätten schaffen

Im besonderen Fokus stehen:

- Schwangere und Eltern von Neugeborenen
- Kinder drogengebrauchender oder substituierter Eltern
- Kinder psychisch kranker Eltern
- Eltern mit besonders belasteten Biografien
- Kinder und Jugendliche mit Sprachförderbedarf
- Kinder und Jugendliche im Übergang der Bildungssysteme
- Familien mit geringem Einkommen

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Vergleich der Ergebnisse der Familienberichte 2007, 2012, 2017
- Auswertung des Aspektes Familiengerechtigkeit im Rahmen des Audit familiengerechte Kommune
- Steigerung der Sprachkompetenz
- Steigerung der Vermittlungsquote von Jugendlichen mit hohem Betreuungsbedarf in den ersten Arbeitsmarkt
- Abnahme der Anzahl Jugendlicher in Schulmüdenprojekten (Statistik Jugendamt)
- Steigerung der qualifizierten Schulabschlüsse bei Jugendlichen mit erheblichem Betreuungsbedarf

Das „Kommunale Management für und mit Familien“ im Kontext der demografischen Entwicklung ist wesentliche Grundlage des kommunalpolitischen Handelns. Ressortübergreifendes Handeln (z. B. Jobcenter, Schulverwaltungsamt, Gesundheitsamt, Jugendamt) wird sozialraumorientiert umgesetzt. Die familienrelevanten Ämter sind aus Gründen der Optimierung bereits seit 2010 im Dezernat IV – Dezernat für Familie, Soziales, Jugend, Schule, Sport, Integration, Jobcenter – zusammengeführt. Die Anbindung von „Kein Kind zurücklassen!“ an den Gladbecker Prozess „Audit – familiengerechte Kommune“ und an das „Gladbecker Bündnis für Familie – Erziehung, Bildung, Zukunft“ mit den Themenwerkstätten Familienbildung, Schule/Jugendhilfe, Lernendes Gladbeck, Bildung und Bewegung, Integration. Dies garantiert eine breite Beteiligung der vor Ort tätigen Akteurinnen und Akteure.

Koordination:

Iris Berger, Amt für Jugend und Familie, Willy-Brandt-Platz 2, 45964 Gladbeck, iris.berger@stadt-gladbeck.de, 02043 – 992253

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Gladbecks:

- Umfassendes Angebot der Schwangeren- und Familienplanungsberatung
- Elternbesuchsdienste
- Präventionsstelle Jugend- und Gesundheitshilfe „Gesund aufwachsen in Gladbeck“
- Mutter-Kind-Gruppen mit niederschwelligem Zugang (Allgemeiner Sozialer Dienst und diverse Träger)
- Familienhebammeneinsatz in enger Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst im Rahmen des Präventionsprojektes „Gesund aufwachsen in Gladbeck“
- diverse Projekte und Programme zur Sprachbildung von Kindern
- Integrationshelferinnen und -helfer an Grundschulen
- Ausbildungskoaching im Übergang Schule – Beruf
- Bildungsbüro mit individuellen Beratungsangeboten
- Bildungshaus Albert Schweitzer im Rahmen von „Lernen vor Ort“

Gladbecker Bildungsvereinbarung – Sprachbildung

Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung seit 2006, durchgeführt vom Kreisgesundheitsamt Recklinghausen, weisen auf eine kontinuierliche Verbesserung der Sprachkompetenz der untersuchten Mädchen und Jungen hin.

Die Bemühungen der letzten Jahre, in den Kindertageseinrichtungen aller Träger anhand von Sprachbildungskonzepten die Kinder in der Tagesbetreuung zu fördern, hat eindeutig zu ersten Erfolgen geführt.

Um den Übergang des Kindes und seiner Familie von der Kita in die Grundschule möglichst ohne Bruch zu gestalten, hat sich – orientiert an fünf Sozialräumen in Gladbeck – eine Entwicklungsgruppe, bestehend aus je einem Vertreter/einer Vertreterin der Grundschulen und der Kitas, gebildet.

Initiatoren: Amt für Bildung und Erziehung und Amt für Jugend und Familie

Kooperationspartner: Amt für Jugend und Familie, Amt für Bildung und Erziehung, Träger der Kindertageseinrichtungen, Schulamt Recklinghausen, Gladbecker Grundschulen, Projekt „Lernen vor Ort“.

Das ist gut:

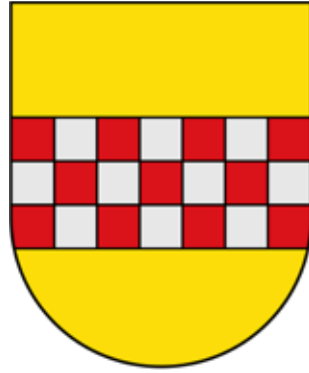
- **Stadtweite träger- und institutionsübergreifende Kooperation**
- **aufeinander aufbauende Sprachförderungskonzepte von der Kita in die Grundschule**
- **Standardisiertes Übergangsmangement „Von der Kita in die Grundschule“**

Kontakt:

Marion Purrnhagen, Kita-Fachberatung des Amtes für Jugend und Familie
marion.purrnhagen@stadt-gladbeck.de, 02043 – 992439

Stefan Sabbadin, Schulentwicklungsplaner beim Amt für Bildung und Erziehung
stefan.sabbadin@stadt-gladbeck.de, 02043 – 992356

HAMM



EINWOHNER

Gesamt 176.037
unter 18 Jahren 31.660

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Erhöhung der Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen
2. Stärkung der Elternkompetenz
3. Stärkung der Fachkompetenz zur Identifizierung von Förderbedarfen und Risikolagen
4. Aufbau eines Monitorings und Controllings, auch zu Risiken
5. Verbesserung der institutionellen Vernetzung
6. Erstellung eines Präventionsbudgets

Im besonderen Fokus stehen:

- Alle Kinder, Jugendlichen und Eltern

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Weniger Kinder mit Sprachförderbedarf nach Delfin 4
- Weniger Risikokinder im Entwicklungsbeobachtungsverfahren in Kitas
- Steigerung der Grundschulempfehlung zur jeweils nächsthöheren Empfehlung
- Weniger Kinder mit „nicht auswertbaren Leistungen“ oder niedrigen Fähigkeitsniveaus bei VERA (Vergleichsarbeit in der 4. Klasse)
- Grundschüler/-innen mit der Mindestnote 4 im Fach Deutsch am Ende der 4. Klasse
- Niedrigere Rücklaufquote aus weiterführenden Schulen
- Rückgang des Anteils der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss
- Senkung der Quote der Hartz-4-Empfänger unter den 18-21-Jährigen
- Weniger Kinder in Fremdunterbringung wegen Kindeswohlgefährdung innerhalb und außerhalb von Hamm
- Höhere Teilnehmerzahl an Elternbildungsangeboten, insbesondere bei Familien in Risikolagen
- Mehr Eltern, die Beratung in Kitas und Schulen wahrnehmen

Hamm will die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen steigern. Hierzu ist eine breite Stärkung von Eltern- und Fachkompetenz notwendig. Die Ressourcen, die mittelfristig durch eine solche Steigerung frei werden, sollen teilweise in präventive Maßnahmen umgesteuert werden.

Koordination:

Theodor Hesse, Fachbereichsleiter für Jugend, Gesundheit und Soziales, Theodor-Heuss-Platz 16, 59065 Hamm, hesse@stadt.hamm.de, 02381 – 173025

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Hamms:

- Kinderbüro als Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule
- Entwicklung von sozialraumorientierten, handlungsfeldübergreifenden integrierten Strategien
- Verankerung von Elternbildung und niedrigschwelliger Erziehungsberatung in den Sozialräumen
- Programm „Familienfreundliche Stadt Hamm“
- Erweiterung der Ansätze auf die konsequente Ausrichtung des Sozial-, Jugend- und Gesundheitsbereiches auf das Thema „Bildung“ im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen“
- Regionales Bildungsbüro und die Bildungskonferenz Hamm
- Entwicklung eines Qualitätsmanagementsystems im Jugendamt



Elternbildung und Erziehungsberatung

Die Stadt Hamm ist der Überzeugung, dass es Kindern nur so gut geht wie es ihren Eltern geht, dass Wissen im Wesentlichen über das Elternhaus vermittelt wird und dass eingreifende Jugendhilfemaßnahmen in der Regel durch Überforderungssituationen der Eltern oder über besonders strittige Trennungs- und Scheidungsverfahren entstehen.

Mit zahlreichen Partnern und Initiativen setzt die Stadt hier wichtige Eckpunkte. Drei Beispiele: Der inhaltliche Zusammenschluss aller Beratungsstellen in Hamm (Erziehungsberatungsstellen, schulpyschologischen Beratungsstellen) zu einem Beratungsdienst sowie der fachliche Ansatz von niedrigschwelliger Erziehungsberatung, wie die Elternbegleitung im Modellprojekt STARK (Eltern und Kinder stärken) sowie den Elternbildungsangeboten der Elternschule Hamm e.V.

Die Stadt Hamm bietet Elternbildung und Erziehungsberatung für Eltern von Kindern im Alter von -9 Monaten bis zum Übergang Schule - Beruf/Studium an. Sie legt Wert darauf, dass alle eingesetzten pädagogischen Fachkräfte über einen vergleichbaren Wissenstand zu fachlichen Themen und Standards in Hamm verfügen und bietet dazu Weiterbildung an.

Initiatoren: Stadt Hamm, Trägervertreter, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen

Kooperationspartner: Kitas, Schulen, Vereine, Ärzte, Kliniken

Das ist gut:

- **Zentrale Koordination erleichtert Abstimmung und Planung**
- **Niedrigschwelliger Zugang durch dezentrale Umsetzung**
- **Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung sowie Evaluation**

Kontakt:

Brigitte Wesky, Kinderbeauftragte und Geschäftsführung „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ in Hamm, wesky@stadt.hamm.de, 02381 – 176204
Matthias Bartscher, Leiter Erziehungsdienste, bartscher@stadt.hamm.de, 02381 – 176180

KREIS DÜREN



EINWOHNER

Gesamt 258.760
unter 18 Jahren 46.180

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Stärkung der Frühen Hilfen
2. Stärkung der Kinderschutzfachkräfte in Kitas
3. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen
4. Verbesserung der Integration von Kindern mit Behinderungen/mit besonderem Förderbedarf in Regeleinrichtungen
5. Ausbau präventiver Sportangebote
6. Stärkung bürgerschaftlichen Engagements Jugendlicher und junger Erwachsener

Im besonderen Fokus stehen:

- Kinder von 0 bis 10 Jahren und deren Eltern

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Fortschritte bei Kindern mit festgestelltem Sprachförderbedarf
- Regelmäßige Treffen des Arbeitskreises „Frühe Hilfen“ und der Arbeitsgemeinschaft „Kinderschutzfachkräfte“
- Steigerung der durch den Babybegrüßungsdienst erreichten Familien
- Verringerung der Zahl der Kinder mit Sprachförderbedarf im Kita-Ganztag
- Regelmäßige Bewegungsangebote für Kita-Kinder
- Steigerung von bürgerschaftlichem Engagement Jugendlicher und junger Erwachsener

Die Arbeit des seit Jahren aktiven Arbeitskreises Frühe Hilfen wird bedarfsgerecht für die Kommunen weiterentwickelt und soll im gesamten Kreis Düren ebenso wie eine hohe Inanspruchnahme von Begrüßungsbesuchen bei Neugeborenen ein zentraler Eckpfeiler der Präventionspolitik werden. Zudem sollen sich Kinderschutzfachkräfte besser vernetzen. Kitas und Grundschulen wollen ihre Kooperationsbeziehungen intensivieren. Daneben soll sich der Kreis Düren durch eine effektivere Beratung und Abstimmung in der Integration von Kindern mit Behinderung bzw. mit besonderem Förderbedarf in Regeleinrichtungen auszeichnen. Präventive Sportangebote, etwa im Rahmen zertifizierter Bewegungskindergärten, sollen ausgebaut werden.

Koordination:

Angela Stefan, Regionales Bildungsbüro, Kreisverwaltung Düren, Bismarckstr. 16, 52351 Düren, a.stefan@kreis-dueren.de, 02421 – 222832

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik des Kreises Düren:

- Strukturierte Übergänge und Inklusion
- Kinderschutz
- Patenschaften
- Interkulturelle Unterstützung rund um das Thema Geburt sowie Eltern stärkende Angebote
- Lokales Bündnis für Familien



Sprachpaten

Neu eingewanderten Grundschulkindern wird im Kreis Düren durch Sprachpatenschaften die deutsche Sprache vermittelt. Dadurch soll ihnen die Integration in das deutsche Bildungssystem erleichtert werden. Die ehrenamtlichen Patinnen und Paten unterstützen die Kinder zudem beim Bildungsfortschritt. Sie fördern jeweils ein bis zwei Kinder individuell an ein bis zwei Tagen pro Woche in der Schule. Klassenlehrerinnen und -lehrer, Sprachpatinnen und -paten sowie die Eltern verständigen sich jeweils über die notwendigen Maßnahmen. Nach einem Erstgespräch zwischen Eltern und dem kommunalen Integrationszentrum wird bei Bedarf eine Sprachpatin oder -pate vermittelt.

Regelmäßige Austauschtreffen, Fortbildungen und Interventionsmöglichkeiten stellen die Qualität der Arbeit von Patinnen und Paten sicher. Das Projekt wird vom Schulamt für den Kreis Düren sowie den örtlichen Grundschulen unterstützt. Es ist bewusst für den ländlichen Raum konzipiert.

Initiator: Kommunales Integrationszentrum Kreis Düren

Kooperationspartner: Schulamt für den Kreis Düren, Grundschulen im Kreis Düren

Das ist gut:

- Hohe Flexibilität und Bedarfsgerechtigkeit
- Förderung einer positiven Beziehung zu Land und Sprache
- Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer ergänzen die Arbeit der Schulen

Kontakt:

Sybille Haußmann, Stabsstelle für Migrationsangelegenheiten, Kommunales Integrationszentrum, Kreis Düren, amt57@kreis-dueren.de, 02421 – 22-0

KREIS UNNA



EINWOHNER

Gesamt 396.060
unter 18 Jahren 66.570

Bergkamen, Kamen, Lünen, Selm, Werne,
Kreisstadt Unna, Kreis Unna

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Entwicklung von Qualitätskriterien für die Gestaltung der Präventionslandschaft
2. Etablierung einer interkommunalen Transferbörse zur Weiterentwicklung der Präventionsangebote
3. Aufbau einer Kommunikationsstruktur (kreisweites Management)

Im besonderen Fokus stehen:

- Familien in prekären Lebenslagen
- Kinder und Jugendliche

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Kreisweite Nutzung eines Übergabeprotokolls Kita – Grundschule
- Intensiver interkommunaler Austausch im Bereich Prävention
- Entwicklung eines Qualitätstableaus zur Abbildung der Präventionslandschaft
- Formulierung von überprüfbaren Mindeststandards für gelingendes Aufwachsen

Im Kreis Unna firmiert das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ unter dem Namen „Brücken für Familien“. Hierfür soll ein kreisweites Management im Rahmen des Modellvorhabens eingeführt werden. Dies betrifft vor allem die Aufgabenverteilung für Lenkungs- und Projektgruppen sowie die Einbindung weiterer Partner. Daneben soll geprüft werden, wie das Projekt „Brücken für Familien“ in bereichsübergreifenden Ausschüssen platziert werden kann.

Koordination:

Sandra Waßen, Leitung des Fachbereichs Familie und Jugend, Kreis Unna, Hansastraße 4, 59425 Unna, sandra.wassen@kreis-unna.de, 02303 – 271051

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik der beteiligten Kommunen im Kreis Unna:

- Kooperation zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen sowie lokale Netzwerke zum Kinderschutz
- Modellprojekt Kooperativer Kinderschutz (Kinderschutzbund)
- Kommunale Bildungsnetzwerke
- Kooperationen des Jobcenters im Kreis Unna „Netzwerke für Eltern in prekären Lebenslagen“



FamoS (familienorientierter Start): Koordinierende Hebammenbesuche

Mütter von Neugeborenen bekommen seit September 2010 in der Geburtsklinik oder im Geburtsvorbereitungskurs Besuch von einer Hebamme. 2013 wurde die Stelle neu durch eine Familienhebamme besetzt. Im Gespräch können unkompliziert Fragen geklärt, aber auch Probleme ausgemacht werden. Bei Bedarf wird möglichst flexibel und zeitnah unterstützt. Die Familienhebamme kennt Angebote und Möglichkeiten vor Ort. Ebenso weist sie auf niedrigschwellige Angebote hin und berät unter anderem bei der Suche nach einem Platz in einer Kindertageseinrichtung für Geschwisterkinder.

Darüber hinaus wird die Familienhebamme bedarfsgerecht im Rahmen der Hilfen zur Erziehung eingesetzt. Somit entsteht ein lückenloses Angebot von Erstberatung bis hin zur konkreten Hilfe.

Initiator: Netzwerk Jugendhilfe-Gesundheitswesen

Kooperationspartner: Jugendämter der Kreisstadt Unna und des Kreises Unna, Sozialpädiatrisches Zentrum Königsborn, Geburtsklinik und Elternschule des Katharinen-Hospitals Unna

Das ist gut:

- Niedrigschwellige Kontaktaufnahme
- Kooperation mit einer großen Zahl kommunaler und freier Träger
- Prävention vor Gefährdungen durch schnelle Vermittlung von Hilfen

Kontakt:

Monika Thünker, Kreis Unna, monika.thuenker@kreis-unna.de, 02303 – 271158
Till Knoche, Kreisstadt Unna, till.knoche@stadt-unna.de, 02303 – 103518

KREIS WARENDORF



EINWOHNER

Gesamt 273.477
unter 18 Jahren 52.250

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Aufbau eines Bildungs- und Erziehungsnetzwerks inklusive der Gestaltung des Übergangs von den Elementar- in den Primarbereich
2. Weiterentwicklung der Netzwerke Frühe Hilfen und Schutz
3. Projekt zur Auflösung familiär verfestigter Arbeitslosigkeit in Kooperation mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter des Kreises Warendorf
4. Etablierung eines Berichtswesens für die Netzwerke
5. Umsetzung eines eigenen Ausbildungskonzeptes für Hebammen
6. Weiterentwicklung der Babybegrüßungsbesuche

Im besonderen Fokus stehen:

- Familien in langfristigem SGB II-Leistungsbezug mit jungen Kindern bis zum Schuleintritt
- Familien mit besonderem Unterstützungs- und Förderbedarf
- Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Steigerung der Zahl in den Arbeitsmarkt integrierter langzeitarbeitsloser Eltern
- Vermittlung besserer Erziehungskompetenz bei langzeitarbeitslosen Eltern
- Unterstützung bei erfolgreicher Lebens- und Zukunftsgestaltung langzeitarbeitsloser Eltern
- Bessere Schulerfolge bei Kindern langzeitarbeitsloser Eltern
- Schulung von Fachkräften im Netzwerk Frühe Hilfen und Schutz
- Begleitung von U1-Kindern aus Familien mit sozialpädagogischer Familienhilfe durch Hebammen
- Erhöhte Zahl von Besuchern der neu einzurichtenden Plattform Frühe Hilfen
- Vermehrte Inanspruchnahme von Familiengutscheinen
- Höhere Zahl und Nutzung der Angebote im Café „Kinderwagen“
- Höhere Zahl der vermittelten Patenschaften im Bereich Frühe Hilfen

Der Kreis Warendorf plant, einen nachhaltigen Kooperationsverbund in den Sozialräumen Müssen, Einen und Milte einzurichten. An der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule wird ein Übergangsmanagement etabliert. Hierzu werden auch die Eltern eingebunden. Weiterhin soll familiär verfestigte Arbeitslosigkeit aufgelöst werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden verbindliche Kooperationsstrukturen zwischen den Akteuren (Agentur für Arbeit, Jobcenter, Jugendämter, Schulen, Gesundheitsamt, Schulsozialarbeiter) vereinbart. Der präventive Ansatz wird darüber hinaus im Kreisentwicklungsprogramm WAF 2030 festgeschrieben.

Koordination:

Frank Peters, Jugendhilfeplanung, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Kreis Warendorf, Waldenburger Straße 2, 48231 Warendorf, frank.peters@kreis-warendorf.de, 02581 – 535106

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik im Kreis Warendorf

- Lokale Netzwerke Frühe Hilfen und Schutz in allen Kommunen
- Aufsuchende Elternberatung – Präventionsangebote für Familien
- Kooperationskonzept zur Offenen Ganztagschule
- Frühkindliches Integrationstraining und Sprachförderung (FIT)
- Aufsuchende Jugendarbeit in acht Kommunen, Übergang Schule/Beruf mit vertiefter Berufsorientierung



Café „Kinderwagen“

Das Café „Kinderwagen“ richtet sich an alle werdenden Eltern und junge Familien mit Kleinkindern. Einmal pro Woche kommen bis zu 400 Eltern in den 14 kreisweiten Café-Standorten zusammen, um sich mit anderen Eltern auszutauschen oder vom anwesenden Fachpersonal Tipps zu den Themen Gesundheit oder Ernährung zu holen. Dafür stehen in jedem Café eine Hebamme und eine pädagogische Kraft mit Rat und Tat zur Seite. Leitziel ist die frühe Förderung der Kinder und der elterlichen Kompetenzen in einem entspannten Umfeld.

Nach Absprache bringen sich auch andere Akteure mit in den Beratungsprozess ein. Begleitet wird das Projekt vor Ort von einer U3-Arbeitsgruppe des Netzwerkes Frühe Hilfen und Schutz, die sich mehrmals im Jahr trifft. Das Café „Kinderwagen“ ist Bestandteil des Regelangebots im Kreis Warendorf.

Initiator: Amt für Kinder Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf

Kooperationspartner: Hebammen und Schwangerschaftsberatung, Kindertageseinrichtungen/Familienzentren, Schulen, Gesundheitsamt und Frühförderstelle, Familienbildungsstätte, Allgemeiner Sozialer Dienst, Migrationsdienst, Erziehungsberatung, Kurberatung

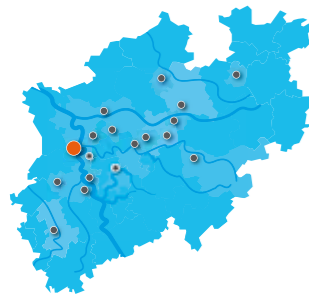
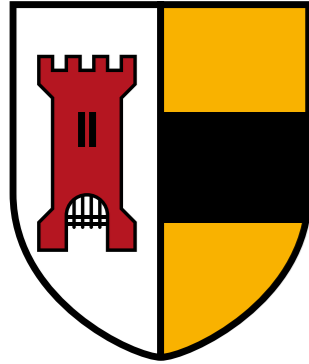
Das ist gut:

- **Niedrigschwelliger Zugang und entspannte Atmosphäre erreicht alle Bevölkerungsschichten**
- **Professionsübergreifende Zusammenarbeit aller Akteure im Sozialraum**
- **Deutlich messbare Erfolgsquote bei den Beratungen und Kooperationsbezügen**

Kontakt:

Daniel Bögge, Koordinator Netzwerke Frühe Hilfen und Schutz, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, daniel.boegge@kreis-warendorf.de, 02581 – 535254

MOERS



EINWOHNER

Gesamt 104.009
unter 18 Jahren 15.940

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Ausweitung bestehender Netzwerke
2. Verbesserung des Übergangsmanagements Kita-Grundschule
3. Niederschwelliger Zugang zu werdenden Eltern
4. Etablierung von Elternbeteiligung, Quartiersarbeit und Ehrenamt

Im besonderen Fokus stehen:

- Kinder im Alter von -9 Monaten bis 10 Jahren und ihre Familien (erste Phase)
- Sozialräumliche Anbindung der Altersgruppen über das 10. Lebensjahr hinaus (zweite Phase)

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Senkung der Jugendhilfekosten im Rahmen des Projekts „KinderZUKUNFT NRW“
- Risikoerfassung von neugeborenen Kindern
- Senkung der Übergewichts- und Adipositasrate bei Kindern und Steigerung der täglichen Bewegungszeit von Kindern im Rahmen von GKGK
- Steigerung der Beratungs- und Hilfsangebote für werdende Eltern
- Erhöhter Einsatz von Familienhebammen



Die unterschiedlichen Bausteine und Vorhaben der Stadt Moers, genannt „FaMOse Grenzsteine“, sind an zentrale Bausteine der kindlichen Entwicklung angelehnt und gliedern sich in verschiedene Altersbereiche. Screening-Verfahren an beiden Geburtskliniken in Moers sowie der Einsatz von Familienhebammen sind dabei wichtige Meilensteine. Es geht in Moers weiterhin darum, die Übergänge zwischen den unterschiedlichen Lebensphasen und Institutionen zu verbessern sowie niedrigschwellige Zugangswege zu werdenden Eltern und jungen Familien herzustellen. Da Moers an dem Projekt „Gesunde Kinder in gesunden Kommunen“ teilgenommen hat, können diese Erfahrungen in „Kein Kind zurücklassen!“ einfließen und die Themenbereiche Gesundheit und Ernährung an das Modellvorhaben angebunden werden.

Projektleitung:

Annette Rosanowski, Stadt Moers, Fachbereich Jugend und Soziales, Fachdienst Jugend, Rathausplatz 1, 47441 Moers, annette.rosanowski@moers.de, 02841 – 201-835

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Moers:

- Babybegrüßungsbesuche
- Elternbildungsangebote

Eltern stärken

Allen Eltern in Moers wird beim Babybegrüßungsbesuch die kostenlose Teilnahme an einem Elternkurs angeboten. Der Kurs wurde in Zusammenarbeit mit den Moerser Familienbildungsträgern und dem Jugendamt als neues Angebot konzipiert und richtet sich an Eltern mit Kindern im ersten Lebensjahr. Er soll sie für den Alltag mit dem Kind stark machen. In einem Gesprächskreis und Austausch im dialogischen Ansatz wird ein gemeinsamer Denkprozess eingeleitet, in dessen Verlauf Eltern ihre jeweils eigene individuelle Antwort auf ihre Fragen finden können.

Ein Kurs besteht aus sechs Treffen mit maximal zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Kurse finden über das Jahr verteilt und möglichst wohnortnah statt. Eine Kinder-/Geschwisterkinderbetreuung wird ebenfalls angeboten.

Initiator: Fachdienst Jugend

Kooperationspartner: Moerser Familienbildungsträger

Das ist gut:

- Sehr positive Wahrnehmung durch die Eltern
- Kurs ist für Eltern kostenfrei
- Kinderbetreuung wird vor Ort angeboten

Kontakt:

Stephan Caniels, Koordination Frühe Hilfen, Stadt Moers, stephan.caniels@moers.de, 02841 – 201814

MÖNCHENGLADBACH



EINWOHNER

Gesamt 255.188
unter 18 Jahren 42.060

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Schaffung einer dauerhaften Struktur für Präventionsarbeit (auf Basis des „HOME“-Projekts)
2. Verbesserung der Rahmenbedingungen für Präventionsarbeit (auf Basis des „HOME“-Projekts) durch die Entwicklung eines Präventionsrahmenkonzeptes
3. Optimierung von Fachberatung und Hilfsangeboten
4. Erfolgsnachweis präventiver Arbeit
5. Einrichtung einer Datenbank über die Angebote und Aktivitäten aller Netzwerkpartner im Sozialraum
6. flächendeckende Erweiterung des Aufgabengebietes der Familienzentren und Grundschulen mit Blick auf niedrigschwellige Angebote
7. Zusammenführung des Netzwerks „HOME“ mit dem Netzwerk Frühe Hilfen und Schulsozialarbeit
8. Einrichtung problemlagenbezogener Angebote zur Unterstützung für Familien in besonderen Lebenslagen

Im besonderen Fokus stehen:

- Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 10 Jahren
- Familien mit besonderem Unterstützungs- und Förderbedarf

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Auswertung der HzE-Zahlen mit Blick auf den Einfluss präventiver Maßnahmen
- Durchführung einer Bestandsaufnahme bestehender Messgrößen (ausgewählte Indikatoren aus Sozialbericht und HzE-Bericht)
- Weiterentwicklung von Grundschulen zu Familienzentren
- Gesteigerte Inanspruchnahme von Angeboten für Eltern mit Kindern zwischen 0-10 Jahren sowie für Familien in besonderen Lebenslagen
- Erstellung eines Leitbildes für Prävention für die Gesamtstadt
- Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit Grundschulen
- Aufbau einer Datenbank über Angebote und Aktivitäten im Sozialraum

In Mönchengladbach soll „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ auf dem bereits bestehenden Projekt „HOME“ (Hilfen und Orientierung für Mönchengladbacher Eltern) aufbauen und organisatorisch eingebunden werden.

Koordination:

Gerhard Kalter, Sozialplaner, Stadt Mönchengladbach, Aachener Str. 2, 41050 Mönchengladbach, gerhard.kalter@moenchengladbach.de, 02161 – 253010

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Mönchengladbachs:

- Modellprojekt „HOME“
- Fachdienst „Frühe Hilfen“
- Kooperation der Bereiche Jugendhilfe und Schule



HOME – Hilfe und Orientierung für Mönchengladbacher Eltern

In den Modellstadtteilen Eicken und Mülfort konzentriert sich „HOME“ auf Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 10 Jahren, die überproportional häufig von Armut betroffen sind und gleichzeitig häufig Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen. Sie erhalten hier durch Bildungsmaßnahmen und Beratungsgespräche Unterstützung. Durchgeführt wird „HOME“ in den Räumlichkeiten der Kitas, Familienzentren oder Grundschulen, wo auch die ersten Kontakte hergestellt werden.

Mit dem Projekt werden die Angebote der Familienbildung und der teilnehmenden Institutionen vor Ort verankert. „HOME“ soll Zielgruppen ansprechen, die bislang nicht oder nur schwer erreicht worden sind. Der Verlauf wird im Rahmen des Modellvorhabens evaluiert.

Initiatoren: Sozialplaner sowie die Fachbereiche „Kinder, Jugend und Familie“ und „Schule und Sport“ der Stadt Mönchengladbach

Kooperationspartner: Sozialplaner sowie die Fachbereiche „Kinder, Jugend und Familie“ und „Schule und Sport“ der Stadt Mönchengladbach, alle Kitas, Familienzentren und Grundschulen in den Projektstadtteilen sowie die Mönchengladbacher Bildungsträger

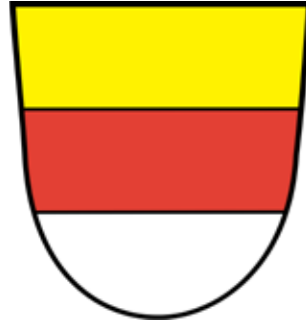
Das ist gut:

- Sehr niedrigschwelliger Ansatz
- Intensive Kooperation zwischen den Institutionen
- Durchgehende Evaluation

Kontakt:

Gerhard Kalter, Sozialplaner, Stadt Mönchengladbach, gerhard.kalter@moenchengladbach.de, 02161 – 253010

MÜNSTER



EINWOHNER

Gesamt 289.576
unter 18 Jahren 43.430

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Erarbeitung einer „Präventionsmaxime“ für die Stadt Münster
2. Entwicklung einer kindzentrierten und ressortübergreifenden Präventionsstrategie
3. Optimierung und Weiterentwicklung bestehender Angebote und Maßnahmen bzw. Aufbau notwendiger ergänzender Angebote/Maximen: Vom Kind aus denken
4. Auf- und Ausbau verlässlicher Netzwerkstrukturen
5. Sicherung einer nachhaltigen Finanzierung von Prävention
6. Einrichtung eines ressortübergreifenden Monitorings
7. Einrichtung einer Datenbank „Präventive Angebote“ (Lebensphase -9 Monate bis 8 Jahre)

Im besonderen Fokus stehen:

- Alle Kinder und Familien

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Formulierung von Prävention als stadtstrategisches Ziel und Verabschiedung in politischen Gremien
- Verankerung der Botschaft „Vom Kind her denken“ in die bestehenden Netzwerke
- Wirksamkeitsprüfung finanziell ungesicherter Präventionsangebote
- Aufbau eines ressortübergreifenden Monitorings
- Aufbau einer Datenbank für Präventionsangebote (-9 Monate bis 8 Jahre)

Die Maxime, Prävention als „stadtstrategische Entscheidung“ zu etablieren, wird von der Modellkommune Münster als elementare Zielstellung formuliert. Bereits durch die Umsetzung einer Präventionskonferenz am 22. März 2012 zum Projektstart des Modellvorhabens unter breiter Beteiligung von Politik und Fachöffentlichkeit wurde deutlich, dass die Verantwortlichen aus den Ressorts Jugend, Schule, Gesundheit und Politik unter Einbindung freier Träger eine „Präventionsmaxime“ für die Stadt Münster erarbeiten wollen. Es geht darum, ein einheitliches gesamtstädtisches Präventionsverständnis zu formulieren, an dem sich die Handlungsprogramme in Münster ausrichten sollen.

Koordination:

Carmen Hack, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster, Hafensstraße 30, 48153 Münster, HackC@stadt-muenster.de, 0251 – 4925527

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Münsters:

- Aufsuchende Elternarbeit im Rahmen der Familienbesuche zur Geburt eines Kindes
- Elternunterstützungs- und Elterntrainingsprogramme
- Einsatz von Stadtteilkordinatoren „Frühe Hilfen“
- Hebammensprechstunden in den Familienzentren
- Besondere Sprachförderangebote in Kitas
- Umsetzung des „Maßnahmenprogramms einer kindbezogenen Armutsprävention“
- Projekte zum gesunden Aufwachsen
- Gestaltung des Übergangs von der Kita zur Grundschule
- Besondere Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche



Stadtteilkoordination „Frühe Hilfen“

Die Stadtteilkoordination „Frühe Hilfen“ verbessert den Zugang zu den Hilfen im Stadtteil insbesondere für Familien, die bisher diese Hilfen nur unzureichend genutzt haben. Bedingt durch die bürgernahe Ausrichtung und die stadtteilorientierten Angebote der beteiligten Personen und Institutionen, können viele Familien mit gezielten Informationen in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Vorsorge erreicht werden. Dies verlangt eine verstärkte Vernetzung der vielfältigen Angebotsstrukturen des Stadtteils, den Aufbau verbindlicher Kooperationslinien sowie die zugängliche Darstellung vorhandener Angebote Früher Hilfen im Stadtteil.

In den Münsteraner Stadtteilen Gievenbeck, Berg Fidel, Coerde und Gremmendorf/Angelmodde sind die vier Stadtteilkordinatoreninnen und -koordinatoren angesiedelt. Sie sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für werdende Eltern und junge Familien mit Kindern von null bis sechs Jahren sowie für alle Einrichtungen, die mit kleinen Kindern und deren Familien arbeiten.

Die Koordinatorinnen und Koordinatoren vernetzen darüber hinaus die Arbeitskreise und Fachkräfte im jeweiligen Stadtteil. Dadurch erarbeiten sie verbindliche Präventionsstrukturen und schließen Angebotslücken von frühen, niedrigschwelligen Hilfen. Ein fachlicher Austausch findet im Qualitätszirkel Prävention statt.

Initiatoren: Stadt Münster, Amt für Kinder, Jugendliche und Familie

Kooperationspartner: Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe

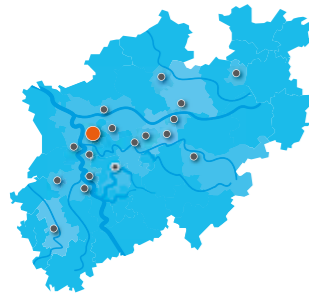
Das ist gut:

- **Niedrigschwelliges Angebot**
- **Sozialraumorientiertes Vorgehen**
- **Kooperation und Vernetzung mit anderen Akteuren**

Kontakt:

Anke Landenberger, Amt für Kinder, Jugendliche und Familie, Zentrale Trägerförderung, landenberger@stadt-muenster.de, 0251 – 4925876

OBERHAUSEN



EINWOHNER

Gesamt 210.216
unter 18 Jahren 32.990

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Optimierung und Weiterentwicklung von passgenauen und abgestimmten Präventionsangeboten
2. Etablierung eines effektiven und effizienten Präventions-Netzwerkmanagements
3. Mehr Partizipation von Kindern und Eltern verwirklichen
4. Entwicklung und Einsatz von unterschiedlichen Evaluationsinstrumenten
5. Entwicklung eines einheitlichen Präventionsverständnisses

Im besonderen Fokus stehen:

- Alle Kinder in Oberhausen mit ihren Eltern und Familien
- Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure, insbesondere die Zusammenarbeit der Verwaltung mit den freien Trägern und weiteren Initiativen und Organisationen

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Sozialräumliche Verteilung von Präventionsangeboten (nach unterschiedlichen Spezifizierungen)
- Breite Kommunikation von Inhalten und Absprachen im Netzwerkmanagement
- Aufgaben- und Rollenklärung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Netzwerkmanagement
- Zusammenführung unterschiedlicher Berichtssysteme in ein einheitliches Präventions-Monitoring
- Erstellung eines einheitlichen Präventionsverständnisses und politische Beschlussfassung
- Eltern-/Familienbefragung

In Oberhausen ist durch die Projektgruppe, die sowohl verwaltungsintern als auch mit externen Kooperationspartnern besetzt ist, ein lokales Präventionsverständnis formuliert worden, das in den unterschiedlichen kommunalen Gremien diskutiert und anschließend im Rat verabschiedet wird. Zudem geht es auf übergeordneter Ebene darum, bestehende Netzwerke zu identifizieren, transparent zu machen und besser miteinander zu verbinden. Neben der Überprüfung bestehender Präventionsangebote in ihrer Ausrichtung und Wirksamkeit steht zudem die verstärkte Einbindung von Eltern im Fokus. In diesem Kontext findet eine Verknüpfung mit dem bereits bestehenden Projekt der Bildungs- und Erziehungspartnerschaften des Bildungsbüros statt.

Ziel aller Aktivitäten ist es, eine Präventionskette aufzubauen, in der für alle Kinder das passende Angebot am passenden Ort zur passenden Zeit vorhanden ist – ganz nach dem Leitgedanken: Jedes Kind ist wertvoll!

Koordination:

Andreas Stahl, Bereichsleiter des Büros für Chancengleichheit, Stadt Oberhausen, Schwartzstr. 71, 46042 Oberhausen, andreas.stahl@oberhausen.de, 0208 – 8259378

Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Oberhausens:

- Sozialraumorientierung und sozialräumlich verankerte Angebotsstrukturen
- Präventive Angebote im frühkindlichen Bereich
- Elternbildungsangebote/Elternarbeit
- Sicherung und Stärkung der Schulsozialarbeit
- Umfassende Sozialberichterstattung



achtung – Kinder von Anfang an begleiten

Um eine gesunde Bindung zwischen Eltern und Kind aufzubauen, braucht es die Feinfühligkeit der Eltern, angemessen und rechtzeitig auf die Bedürfnisse ihres Kindes zu reagieren. Das Programm „achtung“ setzt daran, die frühkindliche Entwicklung von Kindern im Alter von null bis drei Jahren durch einen stärkenden Beziehungsaufbau zwischen Eltern und Kind zu fördern. Im Programm werden Eltern für die emotionalen, sozialen und kommunikativen Fähigkeiten und Bedürfnisse ihrer Kinder sensibilisiert.

„achtung“ ist eine Zusammenstellung von Aktivitäten-Karten, die anhand von konkreten Situationen zeigt, wie Eltern im Alltag eine entwicklungsfördernde Interaktion herstellen können. Die Nutzung der Karten wird unter pädagogischer Begleitung in einem Gruppen- oder Einzelangebot mit den Familien erarbeitet und erprobt. Eltern machen praktische Erfahrungen, die sie dazu befähigen, eine positive, wertschätzende und fördernde Haltung gegenüber ihrem Kind zu entwickeln. Sie merken, was sie als Eltern gut können und werden darin bestärkt.

Initiator: Büro für Chancengleichheit der Stadt Oberhausen

Kooperationspartner: Familienhebammen, Frühförderstellen, Geburtskliniken, Familienzentren, Jugendhilfeträger, Schwangerenberatung

Das ist gut:

- Niederschwelliges und ressourcenorientiertes Angebot für Familien
- Kontaktaufnahme zu Familien durch vertraute Personen
- Individuelle Einsatzmöglichkeiten für Familien und Institutionen
- Stadtweit sozialräumlich angelegt

Kontakt:

Andreas Stahl, Bereichsleiter des Büros für Chancengleichheit, Stadt Oberhausen, andreas.stahl@oberhausen.de, 0208 – 8259378

WITTEN



EINWOHNER

Gesamt 96.382
unter 18 Jahren 14.670

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

1. Optimierung des Übergangs Familie – Kita durch den Einsatz von Frühen Hilfen: Stärkung der Elternrolle
2. Optimierung des Übergangs Kita – Grundschule durch Partizipation von Kindern und Fachkräften in Kindertagesbetreuung und Schule
3. Optimierung des Übergangs Grundschule – weiterführende Schule durch ressourcenorientierte Bildungsdokumente

Im besonderen Fokus stehen:

- Kinder bis 12 Jahre und Familien

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Steigerung der Zahl der KiWi-Gruppenangebote
- Steigerung der Zahl der erweiterten Geburtsvorbereitungskurse
- Gemeinsame Fortbildungen haben stattgefunden
- Standardisierte Interviews vor und nach Schuleintritt zu Erwartung und Zufriedenheit der Kinder im Übergang von Kita zu Grundschule sind erfolgt und ausgewertet
- Das Portfolio-Pilotverfahren wurde erfolgreich durchgeführt

In Witten steht die Verbesserung unterschiedlicher Übergänge im Mittelpunkt des Modellvorhabens. Die übergreifenden Leitsätze dabei sind, Kinder, Jugendliche und Eltern an den Vorhaben zu beteiligen, ihre Blickwinkel einzunehmen und alle Akteure einzubinden.

Koordination:

Joanna Dolinska, Jugendhilfeplanung, Amt für Jugendhilfe und Schule, Abteilung Jugendförderung und Schule, Marktstr. 16, 58449 Witten, Joanna.Dolinska@stadt-witten.de, 02302 – 5815103

Gorden Stelmaszyk, Sachgebietsleitung Frühe Hilfen/Kind in Witten, Amt für Jugendhilfe und Schule, Marktstr. 16, 58449 Witten, gorden.stelmaszyk@stadt-witten.de, 02302 – 5815105



Allgemeine Schwerpunkte in der Präventionspolitik Wittens:

- Lebensphasenmodell Frühe Hilfen
- Qualitative Entwicklung im Elementarbereich: Kindertageseinrichtungen und Grundschulen
- Schulsozialarbeit
- Netzwerkmanagement

Frühe Hilfen – „KiWi-Kind“ in Witten

Die Frühen Hilfen in Witten bestehen aus insgesamt vier Bereichen, die sich an werdende Eltern, junge Familien sowie Kinder und Jugendliche richten. Sie beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit alltagspraktischen Hilfen, der Förderung der Beziehungs- und Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern sowie der Nutzung vorhandener Ressourcen. Beim Programm „KiWi-Kind“ in Witten Modul I besuchen Familienhebammen die Neugeborenen. Bei diesem Besuch werden die Familien über das Unterstützungsangebot der Stadt informiert. Bis zu sechs Folgebesuche sind möglich.

In verschiedenen Beratungseinrichtungen und in allen Familienzentren finden wöchentlich Gruppenangebote, Kurse und Informationsveranstaltungen statt. Dadurch wird neben der ganzheitlichen Elternkompetenz insbesondere die Familienselbsthilfe gefördert. Zeitlich befristet werden in dem Programm auch ambulante Hilfen in Form von Patinnen und Paten oder Pflegerinnen und Pflegern eingesetzt. Sie unterstützen die Familien bei Alltagsfragen zur Erziehung, Ernährung oder Behördengängen.

Initiatoren: Stadt Witten und Kooperationspartner

Kooperationspartner: pro familia Witten, DKSB Witten, Lernimpuls Witten, Caritas Witten, Amt für Jugendhilfe und Schule Witten, Integrationsbeauftragte Stadt Witten, EN-Kreis, Lebenshilfe Witten, Paritätischer LV/ Kiss, QuaBeD, aktiv für Gesundheit, Trägerverbund Hattingen/ Witten Kindertagesstätten, VHS, AWO-UB-EN, Waldorf-Familienzentrum, Diakonisches Werk EN/Hagen, Viadukt

Das ist gut:

- Niedrigschwelliges Projekt
- Inanspruchnahme auch ohne Jugendhilfeantrag und Kostenersatz beitragsfrei
- Akteure stimmen sich auf horizontaler Ebene ab
- Dialogischer Ansatz
- Steuerung und Weiterentwicklung durch Netzwerk „Frühe Hilfen“

Kontakt:

Gorden Stelmaszyk, Frühe Hilfen/Kind in Witten, Amt für Jugendhilfe und Schule, gorden.stelmaszyk@stadt-witten.de, 02302 – 5815105

WUPPERTAL



EINWOHNER

Gesamt 342.661
unter 18 Jahren 56.480

Profil im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“:

- Beteiligungsorientierte Eruerung der Subjektsicht von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen institutionellen Settings und Sozialmilieus
- Reflexion der erzielten Ergebnisse im Hinblick auf die Überprüfung der Angebotsstruktur der Kinder- und Jugendhilfe (institutionelle Regelpraxis) und Identifikation von Veränderungsbedarfen im Professionsverständnis der Fachkräfte und auf der Strukturebene
- Stärkenorientierte Imagekampagne im Hinblick auf das vorherrschende Bild über Jugendliche
- Reflexion von Fragen der strategischen Vernetzungs- und Kooperationsorientierung beim Aufbau der Wuppertaler Präventionskette (Fokus auf Leitungsebene)

Im besonderen Fokus stehen:

- Kinder und Jugendliche im Alter von ca. 9 bis 16 Jahren

Indikatoren zur Überprüfung der Ziele:

- Umsetzung von Beteiligungsformaten mit Kindern und Jugendlichen im Alter von ca. 9 bis 16 Jahren in verschiedenen Settings
- Erarbeitung einer angemessenen Form der Darstellung zur Weiterverbreitung der Ergebnisse der Beteiligungsformate
- Durchführung einer Fachveranstaltung zu Vernetzungsstrukturen in Wuppertal
- Erstellung eines Konzeptes zur Verbesserung der Vernetzung in Wuppertal

In Wuppertal sollen bis zu zehn Beteiligungsformate mit Kindern und Jugendlichen im Alter von ca. 9 bis 16 Jahren in verschiedenen Settings umgesetzt werden. Dabei soll herausgefunden werden, ob es für sie schwierig ist, Zugänge zum Hilfesystem zu erhalten. Die Maßnahmen werden stadtweit mit Fachkräften durchgeführt, die die Projekte mit den Einrichtungen vor Ort planen. Auf der Fachebene werden die Ergebnisse im Nachgang der Beteiligungsprojekte im Rahmen eines abgestuften Workshopkonzepts ausgewertet. Ziel ist es, auf der Fachkräfteebene ein erweitertes Verständnis dafür zu schaffen, wie Kinder und Jugendliche besser unterstützt und bereits bestehende Zugänge geöffnet oder auch neue Zugänge geschaffen werden können.



Koordination:

Christine Schmidt, Jugendhilfeplanerin, Jugendamt der Stadt Wuppertal, Ressort Kinder, Jugend und Familie, Alexanderstraße 18, 42103 Wuppertal, christine.schmidt@stadt.wuppertal.de, 0202 – 5632693

Allgemeine Schwerpunkte der Präventionspolitik Wuppertals:

- Angebote im Bereich Frühe Hilfen
- „Starthilfe für Eltern und Kinder“ (Stadt) und „Startklar“ (Diakonie Wuppertal) mit Besuch junger Eltern in den Geburtskliniken (Babybegrüßungspaket) und als Anlaufstellen für Familien und Fachkräfte zum Themenspektrum Frühe Hilfen (Information, Beratung und konkreter Unterstützung bei Bedarf)
- Beratungs- und Elternbildungsangebote, Patenprojekte
- Einsatz von Schulsozialarbeit nach dem BuT in allen Schulformen
- Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule
- Projekte zur Gewaltprävention unter anderem gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit

Wuppertaler Ansatz: Schulsozialarbeit nach BuT

53 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter von acht unterschiedlichen Trägern bieten praktische Beratung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche an. Die Fachkräfte arbeiten direkt an den Schulen. Dabei erreichen sie die Familien noch vor der Verhärtung von Problemen. In Wuppertal konzentrieren sich die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter besonders auf die Themen Gewaltprävention und Schulverweigerung.

In Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen und der städtischen Jugendhilfe verbindet sich eine ganzheitliche und nachhaltige Präventionsarbeit mit Familien. Beim Stadtbetrieb Schulen ist eine Koordinationsstelle eingerichtet worden. In den Tageseinrichtungen für Kinder werden weitere vier Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit einem ähnlichen Arbeitsansatz eingesetzt.

Initiatoren: Ressort Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt und Stadtbetrieb Schulen der Stadt Wuppertal, Begleitung durch die Steuerungsgruppe Jugendhilfe/Schule – Erziehung

Kooperationspartner: Schulen, freie Träger der Jugendhilfe, Bergische VHS

Das ist gut:

- **Niedrigschwelliger Ansatz**
- **Stadtweite Durchführung**
- **Fokussierung auf zwei Schwerpunktthemen**

Kontakt:

Elke Stapff, Koordinatorin für Schulsozialarbeit, Stadtbetrieb Schulen, elke.stapff@stadt.wuppertal.de, 0202 – 5634677



Kategorisierte Schwerpunktthemen der 18 Modellkommunen - Gesamtübersicht



IMPRESSUM

Herausgeber:

Koordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“

beim

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 – 83702
info@mfkajs.nrw.de
www.mfkajs.nrw.de

In Zusammenarbeit mit

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256, 33311 Gütersloh
Telefon: 05241 – 8181376
info@kein-kind-zuruecklassen.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Träger der Koordinierungsstelle:

Institut für soziale Arbeit e.V.
Stadtstraße 20, 48419 Münster
Telefon: 0251 – 925360
1. Vorsitzender: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke
Geschäftsführerin: Truda Ann Smith

www.kein-kind-zuruecklassen.de

Redaktion: Dr. Hildegard Kaluza, Dr. Johannes Schütte, Henning Severin,
Dr. Heinz-Jürgen Stolz
Druck: F.W. Becker GmbH, Grafenstraße 46, 59821 Arnsberg
Gestaltung: LDG.Design, Markus Leifels, Hansaring 91, 50670 Köln

2. Auflage: 2.000
Erscheinungsjahr: 2013

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung

Bildnachweise: Cover - alexovicsattila, istockphoto.com / Seite 3 - Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW / Seite 7 - anatols, istockphoto.com / Seite 9 - adina80xx, photocase.com / Seite 10 - liseagagne, istockphoto.com / Seite 12 - Bernd Vonau, photocase.com / Seite 13 - ArtisticCaptures, istockphoto.com / Seite 15 - JSchilke, photocase.com / Seite 17 - sasto, photocase.com / Seite 18 - mtr, istockphoto.com / Seite 56 - SirName, photocase.com / Seite 58 - stm, photocase.com / Arnsberg - Helmlechner / Bielefeld - Ub12vow / Dormagen - Stadt Dormagen / Dortmund - Mbdortmund / Duisburg - Stadt Duisburg / Düsseldorf - Pitttoresk, sxc.hu / Gelsenkirchen - Stadt Gelsenkirchen / Gladbeck - Stadt Gladbeck / Hamm - Stadt Hamm / Kreis Düren - Manfred Dohmen / Kreis Unna - Smial / Kreis Warendorf - Rüdiger Wölk / Moers - Raimond Spekking / Mönchengladbach - MGMG / Münster - Presseamt Stadt Münster, Angelika Klauser / Oberhausen - Stadt Oberhausen / Witten - Stadt Witten / Wuppertal - uun, sxc.hu

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 4
40190 Düsseldorf

www.kein-kind-zuruecklassen.de

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds

Stand: 23. September 2013

